

Wahlkampfzeitung Brandenburg

Texte, in einer Datei gesammelt und vorkorrigiert -stm 15.5.

Briefing Manfred Liedtke	2
Listenplatz 4 Thomas Langen	2
Listenplatz 8 René Streich	6
Listenplatz 9 Raimond Heydt (Bildung, Bildung und nochmal Bildung)	8
Listenplatz 6 Oliver Mücke	15
Listenplatz 1 Nadine Heckendorn	16
Listenplatz 2 Lutz Bommel	19
Ohne Listenplatz Frank Steinert	21
Listenplatz 5 Andreas Schramm	24
Wahlprogramm Brandenburg	26

Briefing Manfred Liedtke

Von: Manfred Liedtke <manfredliedtke@googlemail.com>

Betreff: Wahlkampfzeitung Brandenburg

Datum: 18. April 2014 08:29:17 MESZ

An: Stefan Müller <stmstmstmster@gmail.com>

Hallo Stefan

Als erstes schicke ich dir mal die Texte von den Kandidaten.

Hoffe es klappt so mit der Übertragung

Anfangen soll es mit Oliver Mücke + Thomas Langen + Raimond Heydt + Nadine Heckendorn + Lutz Bommel + Rene Streich + Andreas Schramm + Frank Steinert

Bei einigen sind schon Link zu Bildern dabei.

Bitte teile mir noch mit was für eine Auflösung / Größe die Bilder haben sollten.

Lg

Manfred Liedtke

Tel.: 0172 30 10 90 6

Listenplatz 4 Thomas Langen

Transparenz, Dezentralisation, Bürgerbeteiligung und Nachhaltigkeit in Brandenburg

Thomas Langen, Landtagskandidat

Digitalisierte Informationen im Übermaß und ausreichende, saubere Energie für alle, das sind Verheißungen der Gegenwart und der nahen Zukunft. Freiheit und Gerechtigkeit in diesen Bereichen zu sichern und auszubauen sind wesentliche Herausforderungen, denen ich mich als Pirat im Brandenburger Landtag widmen möchte, damit aus den Verheißungen keine Alpträume werden.

Die Möglichkeiten für jeden, durch das einfache und nahezu kostenfreie Kopieren von Daten diese für alle zur Verfügung zu stellen, schafft derart umfassende Beteiligungsmöglichkeiten für jeden, dass den bisherigen politischen und

wirtschaftlichen Entscheidungsträgern die Kontrolle und die Basis für zentralisierte Geschäftsmodelle zu entgleiten droht. Dem entsprechen die massiven Gegenmaßnahmen, sei es durch den überzogenen Anspruch auf die Herrschaft über „geistiges Eigentum“, sei es durch umfassende Überwachung durch Geheimdienste und multinationale Konzerne.

Obwohl dies wahrhaft globale Machtfragen sind, lassen sich jedoch regional Bedingungen schaffen, mit denen Bürgerbeteiligung und Dezentralisierung von Entscheidungsprozessen möglich sind. Diese möchte ich hier in den Bereichen Energie und Verkehr/Infrastruktur, beispielhaft darstellen.

Als dieser Text entstanden ist (Anfang April 2014), fanden auf Bundesebene gerade Verhandlungen statt über eine Neuausrichtung der Energiepolitik und eine Neufassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Mit dieser Neupositionierung versucht die Bundesregierung, die wirtschaftliche Macht der bisherigen dominierenden Betreiber konventioneller (also atomarer und fossiler) Kraftwerke in eine Zukunft zu überführen, in der die nachhaltige Nutzung regenerativer Energieträger (also Sonnenschein und Wind, auch Wasserkraft und nachwachsende Rohstoffe) in Strom und Wärme absehbar preisgünstiger und für breite Bevölkerungsschichten möglich sein wird. Nach dem politischen Verzicht auf Atomkraft drohen auch Kohle- und Gaskraftwerke für die Betreiber unrentabel zu werden. Um diesen Prozess aufzuhalten, werden die Kosten des „Ökostroms“ künstlich hochgetrieben, während die Subventionen für atomare und fossile Stromerzeugung weiter (im Verborgenen) von den Steuerzahlern getragen und Umweltschäden unseren Nachkommen überlassen werden. Hinzu kommen weitreichende Ausnahmegenehmigungen für große Energieverbraucher und bürokratische Hemmnisse für die Errichter von kleinen regenerativen Anlagen. Dies hat zu der absurden Situation geführt, dass der -an der Börse gehandelte und für Großabnehmer zur Verfügung stehende- Strom so billig ist wie seit Jahrzehnten nicht, während normale Bürger als Endverbraucher -vorgeblich wegen der EEG-Umlage- unter zunehmend hohen Strompreisen leiden.

Wie könnte der Energiemarkt aussehen, wenn Transparenz, Partizipation, Dezentralisierung und Nachhaltigkeit tragende Säulen in diesem Bereich wären?

Zum einen würden die direkten und indirekten Subventionen¹ sowie die Umweltkosten² aller Strom- und Wärmeerzeugungsanlagen auf den Strom- bzw. Wärmepreis umgelegt werden, statt sie in den staatlichen Haushalte zu verstecken bzw. den künftigen Generationen zu überlassen. Damit besteht kein Kostenvorteil mehr für die Kohleverstromung (und erst recht für die Atomkraft) . Das gesamtgesellschaftliche Ziel des möglichst breit gestreuten Wohlstandes lässt sich im Energiebereich direkt durch Photovoltaikanlagen auf dem eigenen Hausdach umsetzen sowie durch z.B. genossenschaftlich organisierte Bürger-Solar-, oder -Windkraftanlagen. Für diese sollte die (derzeit bestehende) Vorrangregelung zur Einspeisung bei (berechenbaren, da garantierten) Preisen beibehalten werden. Hinzu kämen regenerative Anlagen von mittleren bis großen Investoren, für die aber die üblichen Marktmechanismen und -risiken bestünden und deren Eigenverbrauch frei von zusätzlichen Belastungen wäre.

Mit dieser energiepolitischen Ausrichtung ist eine Strom-Vollversorgung durch regenerative Energieträger nach heutigem Stand der Technik in wenigen Jahren realisierbar – ohne teure Offshore-Windkraftanlagen, deren Förderung vorrangig dazu dient, Großinvestoren den lukrativen Zugriff auf den Energiemarkt zu sichern. Durch die Dezentralisierung der Stromerzeugung entfällt auch die Notwendigkeit eines umfassenden Leitungsneubaus, der wiederum vorrangig den Interessen der Energiekonzerne dient.

Die naturgemäß schwankende regenerative Stromerzeugung lässt sich durch geeignete Energiespeicher dem Verbrauch anpassen; hier stehen wir erst am Anfang einer Entwicklung von günstigen technischen Möglichkeiten. Ein vielversprechendes Modell ist Power-to-Gas, also die Wandlung von Überschussstrom in Wasserstoff oder Methan und deren Speicherung in den bestehenden Gasnetzen. Um diese Entwicklung zu unterstützen, benötigt man flexible Gaskraftwerke, die sich zur vollständigen Abdeckung durch „Wind-“ oder „Sonnen-“Gas mit herkömmlichem Erdgas betreiben lassen. Alternativ zeichnet sich derzeit im Bereich von Lithium-Ionen-Akkus eine massive Leistungssteigerung und Kostensenkung ab. Um unterschiedlichen Speichertechnologien gerade auch im verbraucher-/erzeugernahen Bereich einen Breitenmarkt zu schaffen, ist ein Speichergesetz mit planbaren und transparenten, sinkenden Fördersätzen in Anlehnung an das Erneuerbare-Energien-Gesetz sinnvoll.

Mit diesen politischen Rahmenbedingungen, die sich auf unterschiedlichen staatlichen Ebenen umsetzen lassen, ist eine nachhaltige Energieversorgung aus regenerativen Quellen durch und für möglichst alle Bürger möglich. Neue Braunkohletagebaue oder Fracking mit ihren zerstörerischen Wirkungen sind vermeidbar. Es bedarf hierzu des politischen Willens, sich gegen die Interessen der Energiekonzerne durchzusetzen, deren Geschäftsmodell in der zentralisierten Energieversorgung zu Lasten der Umwelt, der Steuerzahler und der zukünftigen

Generationen besteht.

Was bedeuten Transparenz, Partizipation, Dezentralisierung und Nachhaltigkeit im Bereich Mobilität für Brandenburg?

Brandenburg hat nach dem Beitritt zur Bundesrepublik deutlich an Bevölkerung verloren, und dieser demographische Trend setzt sich fort, mittlerweile im wesentlich aufgrund der Altersstruktur. Für alle Brandenburger

muss eine Infrastruktur zur Verfügung stehen, die ihren Bedürfnissen entspricht, und über die sie auch selbst befinden können. Dies bedeutet, dass nicht die Interessen von PKW-Nutzern im Vordergrund stehen, sondern dass über die Verwendung von zu Verfügung stehenden Mitteln in einem transparenten Prozess, für den es bisher kaum Beispiele gibt, gleichwertig die Interessen von Bahn- und Bus-Nutzern, Radfahrern, Fußgängern und Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen zu berücksichtigen sind, wobei bei jedem Verkehrsmittel wahre Kosten, auch Umweltkosten möglichst verbrauchsnahe zugrunde gelegt werden müssen.

In einem solchen offenen und fairen Abwägungsprozess ist zu erwarten, dass allgemein einem qualitativ hochwertigen öffentlichen Personennahverkehr, vorzugsweise schienenengebunden, wesentlich höhere Bedeutung zukommen wird, und auf innerörtlichen Strecken zudem dem Radverkehr und auch dem Fußverkehr.

Wir PIRATEN wollen das Ergebnis einer sich daraus ergebenden Umstrukturierung des Mobilitätsangebots nicht vorgreifen, wollen aber die Bedingungen dafür schaffen, dass er stattfinden kann. Deswegen gehören in die für den Verkehr zustehenden Behörden nicht nur Menschen, deren Ausbildung sich am überkommenen Dogma des motorisierten Individualverkehrs orientieren, sondern auch Spezialisten für die lange vernachlässigten Bereiche ÖPNV und Rad-/Fußverkehr. Eine Orientierung an beispielhaften Lösungen wie in der Schweiz (Bahnverkehr), den Niederlanden oder Kopenhagen (Radverkehr) oder Tallinn (fahrkartenloser ÖPNV) ist dabei angeraten.

Netzvielfalt für ein sicheres Internet (Text)

Zur Infrastruktur gehört im 21. Jahrhundert auch eine ausreichende und bezahlbare Internetanbindung für jeden. Hier steht das Land in der Pflicht, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen und insbesondere für Kleinanbieter und Freifunkinitiativen bürokratisch einfach handhabbare Rahmenbedingungen zu schaffen. Durch eine Vielfalt von unterschiedlichsten Netzanbietern -von den großen Netzbetreibern bis zu Einzelpersonen- lässt sich eine Internetstruktur aufbauen, die wesentlich weniger störanfällig ist als die derzeitige zentralisierte, und die gleichzeitig eine Überwachung wesentlich erschwert. Damit wird das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung als technische Aufgabe zur Pflicht für die Landespolitik.

Gleichzeitig schafft eine verlässliche und freie Internetanbindung die Voraussetzung für vielfältige selbstorganisierende Initiativen von der lokalen Lebensmittelversorgung über (Weiter-)Bildungsangebote und Mitbestimmung bei regionalen und lokalen Entscheidungen wird dadurch möglich. Auch hierfür sollten vom Land Rahmenbedingungen geschaffen werden, die einen angemessenen Ausgleich zwischen Initiativen und gewählten (Parteien-)Mandatsträgern schaffen.

Diese Beispiele zeigen, wie wir Brandenburger Piraten und auch ich die Politik umgestalten wollen – für uns stehen weniger konkrete Ziele im Mittelpunkt, als dass auf einer transparenten und vernunftbasierten Basis Politik von Bürgern für Bürger zu ermöglichen: Wir wollen, dass aus Betroffenen Beteiligte werden.

Listenplatz 8 René Streich

Hallo mein Name ist Rene Streich, ich bin 27Jahre alt und komme aus Premnitz. Von Beruf bin ich Altenpfleger und Pirat. Falls ihr euch fragt, wo meine Augenklappe und mein Holzbein sind, so muss ich euch enttäuschen: ich bin Mitglied der Piratenpartei Deutschland.

Sehr oft und sehr viel werde ich in Gesprächen mit den Bürgern gefragt, warum ich in einer Partei bin – noch dazu in meinem Alter – und dazu noch Listenkandidat bin.

Ein Grund warum ich mich für die Piraten engagiere ist einfach der Grund,

Wir leben in einer spannenden Zeit! Das Internet und die digitale Revolution ermöglichen der Gesellschaft einen anderen Umgang miteinander.

Der Zugang zu Informationen ist schneller, einfacher und offener als jemals zuvor. Die Gesellschaft hat im letzten Jahrzehnt einen enormen Sprung gemacht; aber es ist ein Sprung, der auch ein Risiko mit sich bringt.

Das Risiko der totalen Überwachung, das Aushorchen und das Sammeln von Daten durch Geheimdienste oder Internet. Größen wie Google und Facebook sind nicht erst seit Edward Snowden präsent.

Die Piratenpartei Deutschland hat bereits 2009 angemahnt, dass Vorratsdatenspeicherung und Netzsperrern nicht mehr in die Zeit passen und gegen die Verfassung verstoßen.

Wir setzen uns für ein freien offenen Informationsaustausch und den Freien Zugriff auf die Informationen ein.

"Denn Teilen ist das Neue Haben"

Ich persönlich will in Brandenburg aber auch eine Neue form der Generationengerechtigkeit

in den Vordergrund stellen, das Ungleichgewicht zwischen Jung und Alt zeigt sich grade in Brandenburg als sehr Hoch.

Immer mehr Junge Menschen verlassen den Ländlichen Raum oder wollen erst gar nicht dort hinziehen.

Hier bietet das Internet einen Schritt, dem entgegen zu wirken, ein flächendeckender Breitband-Ausbau wie er seit Jahren von der Landesregierung versprochen wird und der Bürger zum Warten verdammt ist, wollen wir Piraten im Landtag endlich voran bringen.

Er wird vielen Unternehmen. ob Klein-, ob Großunternehmen, eine Chance geben sich auf die Digitale Revolution einzustellen.

Schulen und auch Sozialeinrichtungen können mit einem flächendeckenden Breitbandausbau ihr Angebot verbessern, einzelne Regionen können an Attraktivität gewinnen und den jungen Menschen eine Möglichkeit geben, hier in Brandenburg zu bleiben.

Aber die Gesellschaft darf nicht die ältere Generation im Stich lassen, denn sie gehören zu unserem Leben dazu.

Ein Ausbau der Barrierefreiheit in Öffentlichen Leben ist ein Ziel, das ich im Landtag durchsetzen will.

Sei es eine bessere Medizinische Versorgung auf dem Land sowie den Abbau der Massenbürokratie in der Pflege, eine Grundsätzliches Recht jedes Älteren Menschen bei der Mitbestimmung seiner Situation in seine Sozialen Umfeld.

Das sind Punkte, die ich und die Piraten verbessern wollen und gemeinsame mit den Menschen auch verbessern werden.

Ich danke euch und sage zum Abschluss nur am 14. September Piraten Wählen

Listenplatz 9 Raimond Heydt (Bildung, Bildung und nochmal Bildung)

Artikel können gerne redigiert werden. Reihenfolge kann umgestellt werden. Bei größeren Änderungen würde ich gerne vor Druck noch einen Blick drauf werfen. Foto's ganz unten verlinkt. Danke für die Mühe. Raimond

PIRATEN machen Schule

Zur Person: Raimond Heydt, 40 Jahre, Vater von 3 Kindern, wohnhaft in Nauen

Vom Bildungsversprechen wird niemand klug

Alle reden von Bildung. Gute Schulen sind wichtig für die Zukunft. Bildung ist ein Standortfaktor für die Wirtschaft. Ein Land ohne natürliche Ressourcen ist auf gut ausgebildete Menschen angewiesen. Was in Sonntagsreden so alles an Einsicht angepriesen wird, findet in der Wirklichkeit aber keinen Niederschlag. Unsere Schulen sind seit Jahren unterfinanziert. Es gibt noch nicht einmal genügend

Lehrer, um den täglich anfallenden Unterrichtsbedarf abzudecken. Aufteilung oder Zusammenlegung von Klassen und Unterrichtsausfall sind längst Teil des normalen Schulalltags in Brandenburg geworden.

Bildung hat im Landtag keine Vorfahrt. Für vieles ist Geld da. Viel Geld wird verschwendet, allem voran für einen Flughafen, von dem niemand weiß, ob er jemals fertig gestellt wird und was er uns Brandenburger am Ende kosten wird. Was auf der Strecke bleibt sind die Zukunftschancen unsere Kinder, unsere Zukunft. PIRATEN wollen im Landtag Bildungslobby sein. Wir können nicht akzeptieren, dass eines der reichsten Industrieländer der Welt nicht in der Lage sein soll, sein Bildungssystem nicht bedarfsgerecht zu finanzieren. Deshalb wollen wir, dass der Bildungshaushalt in den nächsten 5 Jahren um mindestens 25% erhöht wird. Es mangelt ja nicht nur an Lehrern. Sozialpädagogen und Schulpsychologen gehören genauso an die Schulen, wie eine zeitgemäße Ausstattung mit moderner Kommunikationstechnik. Wir brauchen mehr Fortbildungsangebote, damit Schule den Herausforderungen der heutigen Zeit gerecht werden kann. Wir wollen kleinere Klassen und vieles mehr. Das alles kostet Geld. Es gibt nur eine Sache, die teurer ist als Bildung. Keine Bildung.

Wo hakt es an Brandenburger Schulen?

Es gibt allgemein anerkannte Vergleichsstudien über die Leistungen und das Können von Schülern in Deutschland. In Mathe und Naturwissenschaft sind unsere Schulen bundesweit überdurchschnittlich gut. Im Lesen und Schreiben gehören wir zu den Schlusslichtern der Republik und in Englisch sind wir, auch im Vergleich zu anderen ostdeutschen Ländern, abgeschlagen Letzter. Besonders schlecht sind unsere Gymnasien mit ihren unzeitgemäßen und überfrachteten Lehrplänen. Die Kompetenzen unserer Gymnasiasten in Deutsch und Englisch sind im Vergleich zu ihren Altersgenossen schlicht das Schlechteste was Deutschland zu bieten hat. Im Lesen und Schreiben Letzter und in Englisch so weit hinter allen anderen zurück, dass man für Brandenburg eine extra Leistungskategorie einführen könnte.

Ein Blick auf die im Auftrag des zuständigen Ministeriums tätige Schulvisitation Brandenburg zeigt deutlich wo die Mängel liegen. Die Schulvisitation erfolgt

grundsätzlich angekündigt und untersucht verschiedene Qualitätsmerkmale. In zehntausenden Unterrichtsbeobachtungen aus allen Brandenburger Schulen wurde z.B. festgehalten, dass in 2/3 des erteilten Unterrichts nicht oder zu wenig auf Niveauunterschiede und individuelle Lernvoraussetzungen der Kinder eingegangen wird. Dieser Befund gilt im wesentlichen auch für die Förderschulen. In über der Hälfte aller Brandenburger Schulen wird ein aktiver Lernprozess durch die Lehrerinnen und Lehrer kaum unterstützt. Gemäß der staatlichen Qualitätskontrolle ergreifen in beinahe 3/4 aller Schulen Schulleitung, Lehrkräfte und die zuständigen Gremien der Schule nicht die notwendigen Maßnahmen, um die Qualität der Schule, des Unterrichts und der ausserunterrichtlichen Angebote zu sichern und erforderlichenfalls zu verbessern.

Das Rucksackprinzip

Um die Aufmerksamkeit für die Bedürfnisse des einzelnen Kindes im Schulalltag zu stärken, wollen wir eine Bildungsfinanzierung, in welcher das Geld konsequent dem Kinde folgt. Das Kind soll das für seine Betreuung und Ausbildung notwendige Geld wie mit einem Rucksack unmittelbar selbst mitbringen. Dazu erhält jedes Kind abhängig vom Alter und gegebenenfalls besonderen Bedarfen virtuelles Bildungsguthaben, welches direkt vom Land an die besuchte Schule fließt. In diesem virtuellem Bildungsguthaben sind sämtliche anfallenden Kosten, vom pädagogischen und sonstigen Personal, über Gebäude und Ausstattung, Schülertransport, Schulessen, Fortbildungen, Qualitätssicherung und Schulverwaltung, usw. anteilig enthalten. Die Schule vor Ort soll dann gemäß ihren konkreten Bedürfnissen frei und eigenverantwortlich über dieses Geld verfügen können. Bildung hat ihren Preis, man darf ihn auch nennen. Das Rucksackprinzip schafft maximale Transparenz über die Bildungskosten und gibt den entscheidenden Anreiz jedem einzelnen Kind tatsächlich die Aufmerksamkeit zu schenken, die es verdient und benötigt.

Dezentral und eigenverantwortlich - Unser Bildungspolitisches Programm

Die PIRATEN Brandenburg wollen eine bessere Bildung für unsere Kinder. Verantwortungsvolle, selbständig denkende und handelnde Menschen sind die Voraussetzung für das dauerhafte Funktionieren unserer Demokratie. Wir wollen ein Bildungssystem in dem jeder Mensch die Aufmerksamkeit bekommt die er braucht und verdient.

Jeder Mensch ist ein Individuum mit persönlichen Neigungen, Stärken und Schwächen. Bildung soll den Einzelnen unterstützen, eigene Interessen und Fähigkeiten zu entdecken, seine Begabungen zu entfalten und Schwächen abzubauen. Ein gutes Bildungssystem begleitet unsere Kinder auf diesem Weg, indem es an ihrer natürlichen Neugier und ihrem Wunsch zu verstehen anknüpft. Es soll befähigen sich Werte und Wissen eigenständig anzueignen und kritisch zu hinterfragen. Unser Leitbild ist ein verantwortlich und selbstbestimmt handelnder Mensch.

Die Piratenpartei Brandenburg sieht den Staat in der Pflicht

- * flächendeckend einen freien Zugang zu Kindertageseinrichtungen und Schulen zu garantieren und die für den Betrieb notwendigen Gelder zur Verfügung zu stellen
- * allgemeine Kompetenzstandards zu definieren, welche ausreichend Raum zur Profilbildung der Einrichtungen, sowie für individuelle Schwerpunktsetzungen sicher stellen
- * die Qualität aller Bildungseinrichtungen regelmäßig, systematisch und öffentlich zu evaluieren

Um die Bedeutung jedes einzelnen Kindes zu stärken und Diskussionen um Bildungsqualität vor Ort zu fördern, streben wir im Grundsatz eine Finanzierung des Bildungssektors an, bei welcher das Geld dem Kind folgt. Die staatliche Aufgabe zur Sicherstellung einer Bildungsinfrastruktur im ländlichen Raum bleibt davon unberührt und wird über eine bedarfsdeckende Sockelfinanzierung garantiert.

Wir wollen die Handlungsspielräume der einzelnen Einrichtung bei der Qualitätsentwicklung deutlich erweitern und die aktive Auseinandersetzung mit Fragen der Qualität und die Hinwendung zum einzelnen Kind befördern.

Für uns heißt das konkret . . .

. . . mehr Geld für die Bildung. Erhöhung des Bildungsetats um mindestens 25%.

. . . keine weitere Verbeamtung von Pädagogen.

. . . Schaffung und Förderung der Möglichkeit zur Umwandlung von öffentlichen Kitas und Schulen in eigenständige Körperschaften, denn dies ist die Voraussetzung um vertragliche Vereinbarungen schließen zu können.

. . . die Hoheit der staatlichen Bildungs- und Erziehungseinrichtungen über ihr Personal. Die Einrichtungen stellen ihr Personal selbstständig und eigenverantwortlich ein. Einstellungen erfolgen auf Beschluss der Schulkonferenz oder eines analog zur Schulkonferenz gestalteten Kita-Ausschusses.

. . . die Hoheit der Einrichtung über alle Personal-, Sach- und Betriebsmittel. Die Einrichtung erhält ein Globalbudget, welches sie selbstständig und eigenverantwortlich verwaltet.

. . . eine Finanzierung über ein virtuelles Bildungsguthaben durch das Land. Kitas und Schulen erhalten abhängig vom Alter und ggf. von besonderen Bedarfen einen fixen Betrag pro Kind zur Deckung ihres Aufwands.

Die Herausforderungen im Speckgürtel und in der Fläche, genauso wie die Bedarfe vor Ort, sind sehr unterschiedlich. Deshalb sollen alle Schulen frei über ihr Geld und ihr Personal verfügen können. Wir warten nicht auf das Wundermittel für alle, sondern setzen auf passgenaue Lösungen für spezifische Probleme vor Ort. Es ist an der Zeit öffentliche Schulen in die Freiheit zu entlassen.

Die Mogelpackung des Ministerpräsidenten

Gerade in Wahlkampfzeiten machen Politiker gerne viele Versprechungen. Ein Versprechen des Ministerpräsidenten ist es, in der kommenden Wahlperiode 200 Millionen Euro für den Bildungshaushalt zur Verfügung zu stellen. Doch wofür wird dieses Geld ausgegeben?

Das Land Brandenburg hat es lange versäumt Rückstellungen für pensionierte Lehrkräfte zu machen. Auch ein Lehrer will irgendwann in den wohlverdienten Ruhestand gehen und bekommt dann eine Pension, welche aus dem Bildungshaushalt finanziert wird. Nach der Wende sind vergleichsweise wenige Lehrer in den Ruhestand gegangen und der Posten fiel im Haushalt kaum auf. Doch mittlerweile ist die erste große Pensionierungswelle angerollt und die Kosten explodieren. Hatten wir zu Beginn dieser Wahlperiode rund 700 Versorgungsempfänger, sind es heute bereits knapp 2000 und zum Ende der kommenden Wahlperiode voraussichtlich rund 10.000 Versorgungsempfänger. Oder in Euro ausgedrückt: Aus 13 Millionen 2009, werden 40 Millionen 2014 und über 200 Millionen in Jahr 2020. Erschwerend kommt hinzu, dass für neu eingestellte Beamte nun Rückstellungen für ihre Pensionen eingestellt werden müssen. Im Prinzip ist das Zweifelsfrei richtig, nur kommen bis 2020 mindestens weitere 80 Millionen an Kosten auf den Bildungshaushalt zu. Das heißt zusammengefasst: Der von Ministerpräsident Woidke angekündigte Millionensegen für den Bildungshaushalt ist eine Mogelpackung, denn er reicht noch nicht einmal aus um die steigenden Pensionslasten und Vorsorgeaufwendungen abzudecken. Bei der Schule vor Ort und unseren Kindern wird von diesem Geld nichts ankommen. Im Gegenteil, es muss weiter gespart werden, um die noch fehlenden Millionen reinzuholen.

===

Einheitliche Bildungsfinanzierung durch das Land

Die Kosten für den Schulbetrieb werden heute zwischen dem Land Brandenburg und dem Schulträger, in der Regel der Kommune oder dem Landkreis aufgeteilt. Das Land bezahlt die Lehrkräfte, die Träger das sonstige Personal, wie Hausmeister und Schulsekretärin. Kosten für das Schulgebäude und den Unterhalt

des Gebäudes, die technische und sonstige Ausstattung, z.B. mit Computern, Musikinstrumenten oder naturwissenschaftlichen Sammlungen und Verbrauchsmaterialien müssen ebenfalls von Kommunen und Landkreisen getragen werden. Die finanzielle Situation von Städten und Gemeinden im Land ist sehr unterschiedlich. Es gibt wohlhabende Regionen und Gegenden, welche aus eigener Kraft kaum noch überlebensfähig sind. Wir wollen gleiche Bildungschancen für alle Kinder in Brandenburg. Qualität von Schule darf nicht vom Geldbeutel der jeweiligen Kommune abhängig sein. Deshalb setzen sich die Piraten Brandenburg für eine einheitliche Bildungsfinanzierung durch das Land Brandenburg ein.

Inklusion

PIRATEN stehen für Inklusion in allen Lebensbereichen. Wir unterstützen die Umsetzung der "inklusiven Schule", in der jedes Kind mit jedem pädagogischen Bedürfnis teilhaben kann. Jedes Kind soll als Teil der Vielfalt zum gelingenden Unterricht beitragen können. Zur konsequenten Umsetzung der Inklusion fordert die Piratenpartei Brandenburg, dass Schulen zu den Förderschwerpunkten Lernen, emotionale-soziale Entwicklung und Sprache geschlossen und die Schülerinnen und Schüler in Regelschulen eingegliedert werden. Schulen mit diesen Förderschwerpunkten (LES) versuchen nicht einmal ihren Kindern zu regulären Schulabschluss zu verhelfen. Die Abgängerquote ohne regulären Schulabschluss liegt an diesen Schulen bei annähernd 100 Prozent. Bei einem Kind, welches mit sechs oder sieben Jahren auf eine Förderschule kommt, ist bereits vorprogrammiert, dass es 10 Jahre später ohne Schulabschluss ins Berufsleben starten muss.

Uns ist bewusst, dass Inklusion auch zu neuen Belastungen an den Regelschulen führt. Deshalb stehen wir dafür ein Klassenstärken abzusenken, verstärkt Sozialpädagogen und Schulpsychologen an den Schulen zu beschäftigen, Tagesabläufe zu entzerren und zu rhythmisieren und vor allem für eine stärkere individuelle Förderung jeder einzelnen Schülerin und jedes einzelnen Schülers Sorge zu tragen. Entsprechende Aus- und Fortbildung des pädagogischen Personals ist für uns in diesem Zusammenhang eine Selbstverständlichkeit.

Bilder:

wiki.piratenbrandenburg.de/Datei:Raimond.jpg cc sa Marc Schoepplenberg

wiki.piratenbrandenburg.de/Datei:PortraitRaimond1.jpg cc sa bartjez

wiki.piratenbrandenburg.de/Datei:PortraitRaimond2.jpg cc sa bartjez

Listenplatz 6 Oliver Mücke

Mein Name ist Oliver Mücke. Ich bin Brandenburger von Geburt an und somit tief verwurzelt mit unserem schönen Bundesland. Ich lebe gerne hier und habe meine Heimat in Rangsdorf Landkreis Teltow-Fläming gefunden.

Ich bin Vater einer Tochter und derzeit 43 Jahre alt. Beruflich komme ich aus dem Handwerk der Fliesenleger. Seit 1997 bin ich Unternehmer und derzeit auch wieder Angestellter in meinem Berufsbild.

Warum Politik? Nach Geburt meiner Tochter begann das Nachdenken meinerseits über die Zukunft meines Kindes. Dabei bemerkte ich schnell, dass sehr viele Entscheidungen in Politik und Verwaltung nicht nachvollziehbar sind. Oftmals werden sie zu Ungunsten der Bürger und Bürgerinnen getroffen oder noch viel schlimmer auf ihre Kosten.

Da kann man sich darüber beschweren, meckern und sich aufregen. Oder man versucht etwas zu ändern.

Ich habe mich für das ändern entschieden und mich auf die Suche nach einer Partei gemacht in der meine Ideen von einer Bürgerfreundlichen Politik und Verwaltung am ehesten durchsetzbar ist. Bei den Piraten bin ich dageblieben. Die Piratenpartei hat als einzige die Basisdemokratie und Transparenz so in Ihrem Programm das ich sagen konnte dies wird meine Politische Heimat.

Ein Thema in Brandenburg hat mich besonders bewegt die letzten Jahre. Der Flughafen BER oder auch Willy Brandt genannt. Als ich Anfang 2000 in Rangsdorf ein Haus baute um mich hier niederzulassen wusste ich nichts von Flugrouten oder 15° Abweichungen die auch mich betreffen würden. Nicht weil ich mich dafür nicht interessiert hätte. Nein die Politiker und die Flughafengesellschaft haben uns mit voller Absicht im Unwissen gelassen über die unglaublichen Lärm und Flugbelastungen in dieser Region.

Das ist für mich ein Paradebeispiel in Brandenburg wo mit Macht der Politik und unserem Steuergeld gegen die Interessen der Bevölkerung gehandelt wurde und wird.

Erst werden Flugrouten unter das Volk gestreut um dann festzustellen das diese gar nicht festgelegt werden dürfen und immer wieder änderbar sind dann wird bei Lärmschutzmaßnahmen getrickst und ja bis zum Klageweg gegen die eigenen Bürger. Von der im geheimen abgelaufenen Standortentscheidung mal ganz abgesehen.

Das sich mittlerweile der BER als finanzielles Desaster für uns Bürger herausstellt hat wohl ein jeder inzwischen mitbekommen. Dem muss dringend Einhalt geboten werden. Aktuell sind wir bei 5,3 Milliarden Euro Kosten und kein Ende abzusehen. Dieses Projekt am falschen Standort wird in Brandenburg so viel Steuergeld kosten das ein jeder auch in der Uckermark oder in Cottbus von den Folgen betroffen sein wird. Es wird fehlen in Bildung, Schulen, Kindertagesstätten, Verkehrswege und andere Dinge die wir nötig brauchen.

Dieser BER wir auch wenn er einmal, irgendwann, in Betrieb gehen sollte uns mehrere Hunderte von Millionen Euro jährlich kosten. Wirtschaftlich, auch das wird sich herausstellen, kann sich an diesem Standort der BER nicht selber tragen.

Aber sagt das uns einer aus dem verantwortlichen Politikbereich. Nein. Dort bei der aktuellen Landesregierung heißt es Augen zu und durch, koste es was es wolle.

Ich sage Nein. STOP. So nicht das ist unser Steuergeld.

Zahlreiche Bürgerinitiativen in Brandenburg haben sich seit her gegründet. Ein Volksbegehren wurde erfolgreich 2013 durchgesetzt. Auch die Piraten haben dies aktiv unterstützt. Handelt nun diese Landesregierung in Brandenburg. NEIN. Sie hat um die von ihr gefürchtete Volksabstimmung nicht durchführen zu müssen ganz einfach das Volksbegehren angenommen im Landtag. So weit so gut, nur seit dem sich Platzeck und sein Nachfolger Woidke es sich als persönliche Aufgabe angetan haben diese Interessen durchzusetzen passierte was? NICHTS. Genau man wartet die Landtagswahlen 2014 ab und hofft dann weitere 5 Jahre so weiterzumachen wie bisher.

Wollen wir das? Ich denke nein. Daher bitte ich sie. Nehmen sie sich die Zeit und lesen sie was die Piraten als Wahlprogramm zum Thema BER beschlossen haben. (siehe unten)

Sie werden feststellen, dass genau dies auch Ihre Forderungen sein werden. Sie werden feststellen, dass Sie bei den Piraten immer ein offenen Ohr finden werden. Hier können Sie sich einbringen, hier Entscheidet die Basis und nicht der Vorstand oder die da „oben“.

Entscheiden Sie wie die Zukunft in Brandenburg aussehen wird. Geben sie Ihre Stimme zur Landtagswahl den Parteien die nicht Ihre Interessen vertreten denen die Zukunft und Gesundheit Ihrer Familie und Ihrer Kinder egal sind. Oder sagen sie diesmal wähle ich Piratenpartei um zu zeigen, dass sie mit Ihrer Stimme die Macht haben etwas zu verändern. Eventuell auch nur um den anderen Parteien besonders SPD, Die Linke, CDU und FDP wie auch die Grünen zu zeigen so nicht. Wir wollen keine Randzeiten beim Nachtflugverbot, wir wollen nicht, dass unsere Enkelkinder noch diese Schulden abtragen müssen.

Wählen sie deshalb im September die Piraten und lassen sie uns Ihr Sprachrohr in der Landespolitik in Brandenburg sein.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Mücke

Listenkandidat der Piraten Brandenburg

olivermuecke.de

Listenplatz 1 Nadine Heckendorn

Nadine Heckendorn/ <https://wiki.piratenbrandenburg.de/Benutzer:Xhecke>

Mein Name ist Nadine Heckendorn. Ich bin am 30.09.1976 in Schwedt / Oder geboren.

Ich bin Mitglied der Piratenpartei.

Bürger, die sich an der Entwicklung beteiligen, erfahren Identifikation und Verständnis für die gemeinsam gesteckten Ziele. Das gesprochene, das erzählte Bürgerwort ist die glaubwürdigste Werbung für Politik und Mitgestaltung.

Das Gefühl eines jeden einzelnen, hier auch etwas mitbestimmen zu können, stärkt den Zusammenhalt und das Wir-Gefühl in Brandenburg.

Damit den Bürgern klar ist, welche Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung sie haben, müssen sie die Instrumente kennen, die zur Verfügung stehen.

Hier sehe ich ein Aufgabenfeld:

Die Handlungsmöglichkeiten die durch bestehende Gesetze durchaus vorhanden sind, werden transparent dargestellt und sollen die Bürger ermutigen davon auch Gebrauch zu machen.

Das Bedarf einer hervorragenden Kommunikation nach innen und nach außen. Die Verantwortlichen in der Politik müssen den Wunsch von weitreichender Bürgerbeteiligung teilen und durch eine angemessene Ansprache an die Bürger als Multiplikator fungieren.

Eine gute Zusammenarbeit zwischen den politischen und gesellschaftlichen Akteuren setzt ein vertrauensvolles Verhältnis voraus.

Im Umgang mit den Bürgern muss sich der Politikbetrieb modernisieren.

Die sich dadurch ergebenden Handlungsspielräume verschaffen unserem Land neue Gestaltungskraft mit neuen Ideen und Vorstellungen zur Umsetzung.

Konkrete Maßnahmen zur Bürgerbeteiligung

- Bürgerversammlungen (regelmäßige in den Kommunen vor Ort)
- Bürgerhaushalt
- Bürgerbeteiligungsmanagementsystem (transparentes Nachvollziehen von Bürgeranliegen)
- Bürgerprojekte (thematische Veranstaltungen)
- e-Partizipation
- Bürgerbefragungen/Onlinepetitionen

Den Brandenburgern muss lückenlos dargelegt werden können, wie Entscheidungen getroffen wurden und ab welchem Zeitpunkt die Bürgerbeteiligung sichergestellt war.

Wer sich in Arbeitsgruppen oder bei anderen Beteiligungsformen engagiert, muss die Möglichkeit erhalten sich direkt an einen festen Ansprechpartner zu wenden und den Stand der Dinge abfragen können.

Wenn die Brandenburger den Eindruck gewinnen sollten, dass Bürgerbeteiligung nur eine Alibifunktion hat, werden sich die aktiven und interessierten Bürger resigniert abwenden.

Wenn sie aber feststellen, dass sich ihre Bemühungen lohnen, weil sie und ihre Meinung ernst genommen werden, dann werden sie auch ihr Umfeld zur Bürgerbeteiligung einladen.

Ich sehe folgende Schwerpunktthemen:

Demografie

Wer um seine Meinung gebeten und auch gehört wird, wer mit gestaltet, wird gern bleiben.

Wenn das Land Brandenburg seinen Bürgern vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten bietet und für die Zukunft plant, wird dass auch von jungen Menschen positiv wahrgenommen.

Kulturelle Vielfalt, vielfältige Bildungsmöglichkeiten, die Erschliessung neuer wirtschaftlicher Potentiale sind Möglichkeiten den demographischen Wandel aufzuhalten und den Menschen eine Option zum Bleiben oder zur Rückkehr zu bieten.

Transparenz

Wer nachvollziehen kann, kann sich auch interessieren und sich in die Entscheidungen mit seinem Wissen und seinen Ideen einbringen.

Beteiligung

Teilhabe schafft Identifikation, die wir benötigen.

Warum nicht die Bürger mit Hilfe durchlässiger Werkzeuge zur Meinungsbildung zu Rate ziehen oder in Bürgerprojekten mit einbinden bevor oder während die parlamentarische Beschlussfassung läuft?

Warum nicht einen Teil des Haushalts in einem Bürgerhaushalt öffentlich zur Entscheidung stellen?

Offenheit / Zugang

Wir können es uns nicht leisten, vorhandene Kreativität und Ideenreichtum zu ignorieren.

Die Entwicklung und Gestaltung in Brandenburg wünsche ich mir so offen und leicht zugänglich, dass jeder Bürger, der Interesse, Lust und Engagement zeigt, diese auch einbringen kann.

Die dafür notwendigen Schnittstellen müssen menschlich und technisch gestaltet und entwickelt werden.

Das Thema Inklusion und Barrierefreiheit betrachte ich als Querschnittsthema in der Politik.

Ich möchte meinen Sachverstand aus diesem Bereich in allen Ebenen einbringen,

damit die durchaus gute Idee von Inklusion auf den Weg gebracht wird.

Was die Rot-Rote Regierung gerade mit der Inklusion anstellt, ist grob fahrlässig und kann unter Umständen dazu führen, dass die Inklusion um Jahre zurückgeworfen wird.

Wir benötigen in den Kommunen und im Land lokale Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonventionen.

Die dort beschriebenen Massnahmen müssen verbindlich formuliert sein und deren Umsetzung darf nicht von der Haushaltslage abhängig gemacht werden.

Auch deswegen brauchen wir finanziell ausreichend ausgestattete Kommunen.

Für den Wahl/Fall, dass die Piraten in den Landtag gewählt werden, möchte ich bereits jetzt sagen, dass ich keinen Wert auf ein Abgeordnetenbüro lege.

Ich möchte einen Bürgerbus beschaffen, der es mir ermöglicht, im ganzen Wahlkreis, auch und gerade im ländlichen Raum, unterwegs zu sein.

Nicht die Menschen sollen zu uns kommen, sondern wir als Politiker müssen uns wollen zu den Menschen kommen.

Im Falle meiner Wahl als Abgeordnete für die Piraten, werde ich 10% meiner Abgeordnetendiät für Vereine u.ä. spenden.

Listenplatz 2 Lutz Bommel

Lutz Bommel (Listenplatz 2 zur Landtagswahl)

Bilder:

<https://www.dropbox.com/s/qd3tqus9ogm2fce/BEL-%20%204774-c.tif>

oder

<https://www.dropbox.com/s/dwct0cylb4b3phb/BEL-%20%204858-c.tif>

Ich bin 1969 in der kleinen sächsischen Stadt Großenhain geboren. Ab 1983 lebte ich dann in Herzberg/Elster. Schon im Alter von etwa 16 Jahren lernte ich eine Bürgerrechtlerin kennen, die sich unter anderem aktiv für die Initiative „Schwerter zu Pflugscharen“ einsetzte.

Sie war es, die mir Zugang zu Informationsmaterial über „Glasnost“, (Offenheit, Redefreiheit, Informationsfreiheit) und „Perestroika“, (Umbau, Umgestaltung) gewährte. Ich hatte damals schon meine Bewerbung für eine Ingenieurlaufbahn bei der NVA eingereicht. Politisch war ich der Meinung, das System in der DDR müsse von innen heraus entsprechend dem Vorbild von Glasnost und Perestroika reformiert werden.

Mit dieser Überzeugung wurde ich in meiner Lehrzeit Kandidat der SED. Nach meiner Ausbildung zum Landmaschinen- und Traktorenschlosser begann ich ein

Studium an der MTS "Harry Kuhn" in Bad Döben bei Leipzig. 1990 absolvierte ich das Studium als Ingenieur-Ökonom für Treib und Schmierstoffe.

Nur bei Besuchen zu Hause war es möglich ungefilterte Informationen über das tatsächliche Geschehen während der Wende zu bekommen. Drei mal konnte ich an den Montagsdemonstrationen in Leipzig teilnehmen, was mir damals als Militärangehöriger verboten war. In Gesprächen mit Menschen auf der Straße, sowie mit Taxifahrern, erfuhr ich, über die Unzufriedenheit und über die Friedensgebete in der Nicolaikirche in Leipzig. Gleichzeitig wurden wir vorbereitet, die angebliche „Konterrevolution“ in Leipzig niederzuschlagen, man manipulierte und belog uns!

Ich begriff, dass das Regime in der DDR nicht einfach durch Reformen von innen heraus zu ändern ist...

Freiheit bedingt den freien Zugang zu Informationen!

Nach der Wende absolvierte Ich ein Studium zum staatlich geprüften Betriebswirt und begann nach einer Zeit als Selbstständiger meine Arbeit in einer Apotheke. Mit der Geburt meiner Kinder begann ich mir aber mehr und mehr über deren Zukunft Gedanken zu machen. Wir tragen heute die Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder! So wurde ich in meiner Heimatstadt aktiv, und versuchte in verschiedenen Arbeitsgemeinschaften ehrenamtlich ein Leitbild zur Entwicklung unserer Stadt mit aufzubauen. Ich wurde Mitglied in Fördervereinen, um Kindergarten und Grundschule zu unterstützen, war bei Projekten mit unserer polnischen Partnerstadt dabei, arbeitete als Autor für die Wikipedia wie für die AG Heimatkunde, weil freies Wissen – gerade über die Heimat und Geschichte sehr wichtig ist.

Die Menschen auf unserer Erde rücken immer näher zusammen. Bereiche wie Wirtschaft, Wissenschaft, Finanzen, Politik sind heute nur noch im globalen Kontext zu verstehen. Darum muss man auch die Auswirkungen wie Kriege, Armut und Flüchtlingsbewegungen als Folge Globaler Prozesse begreifen und lösen. Wenn wir heute von Gerechtigkeit sprechen, meinen wir Gerechtigkeit für alle Menschen! Wir als Piraten können diese Aufgaben und Probleme des 21. Jahrhunderts am besten erkennen und lösen, weil wir wirklich eine international vernetzte Bewegung sind. Die Rohstoffvorkommen auf unserer Erde sind begrenzt, der Kampf um deren Abbau hat schon lange begonnen. Die Auswirkungen, wie etwa die Vertreibung von Menschen aus ihrer Heimat, Verelendungen ganzer Völker, die Abholzung der Regenwälder, Verknappung der Trinkwasserreserven, das Artensterben usw. sind die Herausforderungen der Politik unserer Zeit.

So gesehen kann und muss man aus meiner Sicht Politik in Brandenburg neu ausrichten. Der Mensch muss mit seinen Bedürfnissen besser verstanden und beachtet werden. Als Brandenburger stehen wir in direkten Konkurrenzkampf im Weltmarkt. Das bedeutet vor allem Kostendruck für Unternehmen und wachsende Anforderungen an jeden Einzelnen. Bildung ist dabei zunehmend ein Kernthema. Nur hoch qualifizierte Fachkräfte sind in der Lage innovative, nachhaltige Produkte und Leistungen zu schaffen. Aber unser Bildungssystem in Brandenburg schneidet bei Vergleichen nicht gut ab. So haben wir PIRATEN weitreichende Vorschläge in

unserem Programm, wie die Bildungspolitik in Brandenburg auf den Stand der Zeit gebracht werden soll.

Ein weiteres Problem ist der Demographische Wandel. Neben der wachsenden Vergreisung unserer Gesellschaft, leidet Brandenburg zusätzlich am Wegzug der Jugend in Ballungsgebiete oder gar ins Ausland. Grund dafür ist das nach wie vor schlechte Angebot an gut bezahlten Arbeitsplätzen, aber auch der Abbau von Kultur und Bildungsangeboten in Brandenburg. In den letzten 20 Jahren hat es keine Landesregierung geschafft, Brandenburgs Wirtschaft nachhaltig zu stärken und somit die Abwanderung junger Menschen in die Ballungsgebiete zu stoppen. Dieser Trend ist aus meiner Sicht sofort umkehrbar, und das kann auch zeitnah geschehen wenn Steuergelder nicht mehr in Prestigeprojekten wie BER, CargoLifter, Lausitzring, Chemiestandort Premnitz, Chipfabrik Frankfurt/Oder, Hafen Mühlberg/Elbe oder die Landesentwicklungsgesellschaft verbrannt werden. Die kleinen und mittelständischen Unternehmen halten Brandenburg am Leben, sie sind es, die endlich gefördert werden müssen. In lokalen oder regionalen Wirtschaftskreisläufen können diese Unternehmen sich geschützt entwickeln und wirklichen Wohlstand für alle Brandenburger schaffen.

Es wird sich zeigen, dass Bürgerbeteiligung und Transparenz in Verwaltung und Politik zwar Entscheidungen nicht schneller, aber dafür nachhaltig und effizient machen.

Wir PIRATEN gehen dabei mit ganzheitlichem Lösungsansatz an Probleme und Aufgaben heran: ob Sozialverträglichkeit, Nachhaltigkeit (Ökologie) oder Wirtschaftlichkeit, wir wollen die Zukunft nicht aus einer Ideologie heraus, sondern mit Sachlichkeit im Interesse dieser und folgenden Generationen entscheiden. Der Schutz der Freiheit, der Bürger und Menschenrechte sind dafür jedoch die grundlegende Voraussetzung. Ich halte die Demokratie für das beste System was wir haben, wir müssen sie schützen, und ihr neues Leben geben!

Brandenburg braucht die PIRATEN, Brandenburg braucht unser Programm! Ob in der Bildung, am Flughafen BER oder beim demographischen Wandel... Transparenz, Teilhabe und Nachhaltigkeit liegen uns PIRATEN doch im Blut. Die PIRATEN sind die Partei, die wie keine andere für Menschenrechte, transparente Politik, Teilhabe und Bürgerrechte steht. Gerade in Brandenburg wird immer noch Hinterzimmerpolitik am Bürger vorbei betrieben. Nur die Piratenpartei kann unbelastet in die Zukunft gehen, unbelastet von Filz und alten und neuen Seilschaften.

Wir Piraten können Politik transparent machen, weil wir sehr hohe Ansprüche an uns selbst stellen.

Ohne Listenplatz Frank Steinert

Frank Steinert

===

Was für ACTA schon galt, müssen wir für TTIP auch annehmen.

Mit TTIP/TAFTA (Transatlantic Trade and Investment Partnership/Transatlantic Free Trade Agreement) entsteht ein Handelsabkommen zwischen den USA und Europa, dessen Zweck der Abbau von Handelshemmnissen sein soll. Ausgehandelt hinter verschlossenen Türen und damit ohne demokratische Legitimation, stammen die Vorgaben, die nun unverändert in das Abkommen fließen sollen, alleine von Lobbyisten, die ihre Marktmacht festigen wollen.

Mit der Unterzeichnung des TTIP/TAFTA -Abkommens würden sich die unterzeichnenden Staaten freiwillig zu weitreichenden Gesetzesänderungen im Sinne des Abkommens bereit erklären oder Exekutivorgane bis hin zu Privatunternehmen in die Pflicht nehmen.

Diese Änderungen sind so tiefgreifend, dass sie auf regulärem Weg durch die Parlamente kaum Chancen auf eine Verabschiedung hätten.

Die nationalen Parlamente haben kein Mitspracherecht bei der Gestaltung der größten Freihandelszone der Welt. Auch der Ausschuss des EU-Parlaments, Vertreter von NGOs, wie Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherschutzverbände werden nicht beteiligt.

Nach Abschluss der Verhandlungen wird den europäischen Regierungen ein Papier vorgelegt, das nur noch ratifiziert, aber nicht mehr diskutiert werden kann.

In der öffentlichen Diskussion wird TTIP/TAFTA gezielt meist nur im Zusammenhang mit Urheberrechtsverletzungen durch Raubkopien, Filesharing etc. genannt und kritisiert.

Schätzungsweise 80-90 % der sog. politischen Klasse weiß nicht, wovon sie redet, wenn sie den Begriff "TTIP/TAFTA" benutzt und doch reden viele von Wirtschaftswachstum und hunderttausenden neuen Arbeitsplätzen. Die Folgen, die TTIP/TAFTA für Wirtschaftsstandorte und Gesamtbevölkerungen von Ländern bedeutet, werden unter völliger Missachtung jeglicher Folgenabschätzung offenbar hingenommen. Warum, das darf gemutmaßt werden.

Allerdings sind die Auswirkungen des Abkommens weitaus gravierender und weitreichender. Sie greifen selbst in unsere Lebensgrundlagen ein. Auch die Landwirtschaft und die Ernährung sind von diesem Abkommen betroffen.

Landwirtschaft

Wir brauchen eine dezentrale, verbraucherorientierte, ökologisch vertretbare Landwirtschaft und einen freien Markt, in dem auch kleinere Betriebe bestehen können. Mit der EU-Zusage zu TTIP/TAFTA werden die Rechte weniger großer, oligopolistisch operierender Konzerne gestärkt.

Dabei werden Patente auf Pflanzen, Tierzucht und Produktionsmethoden oft an wenige Herstellerkonzerne vergeben, wodurch die Bauern weltweit in Abhängigkeiten getrieben werden. Die Konzerne scheinen wenig Vertrauen in ihre

eigenen Produkte zu haben: setzt ein Bauer gentechnisch verändertes Saatgut ein und es entsteht ein Schaden, muss der Bauer dafür haften, nicht etwa der Hersteller. Eine unabhängige Produktion von Lebensmitteln droht unmöglich zu werden.

Das Absurde daran: Wenn patentiertes Saatgut in ein Feld eines anderen Bauern verweht wird, könnte dieser als Patentverletzer beschuldigt und verfolgt werden. Damit müssten sich selbst nachhaltig produzierte erstklassige Bioprodukte Patente- bzw. Rechteinhabern unterwerfen, sofern sie nicht als "Lebensmittelpiraten" beschuldigt und verfolgt werden wollen, sofern Saatgut, Produktionsweise und Rohstoffe nicht im Rahmen der erteilten "Lizenz" erworben wurden.

Ernährung

Wir brauchen gesundes und natürliches Essen, das an geeigneten Standorten produziert wird. Die Zusage zu TTIP/TAFTA ist leider ein Bekenntnis zur patentgeschützten Designer-Nutzpflanze. Die Gewinner einer Gesetzgebung gemäß TTIP/TAFTA -Abkommen sind international operierende Konzerne. Deren standardisierte Produkte sind einzig als zugelassene Patente lizenzierbar. So muss selbst für Backweizen, der ursprünglich von indischen Bauern gezüchtet wurde, Lizenzgebühr entrichtet werden.

Das europäische Patentamt wird demnächst mit TC 1507 eine gentechnisch veränderte Maissorte vom Hersteller Pioneer zulassen. Mittlerweile wurden etwa 80 Patente und knapp 800 weitere Anträge auf die Patentierung eingereicht. Die Palette reicht von pilzresistenten Gurken, über Getreide bis hin zu zahlreichen weiteren Grundnahrungsmitteln. Das Bündnis "No patents on seeds" versucht zu verhindern, dass das natürliche Recht auf Nahrungsmittelanbau zu einem gesetzlich geschützten oder gar vertraglich fixierten Privileg wird. Über 300 Organisationen (wie z.B. der BUND, Pflanzenzüchter- u. Bauernverbände, Greenpeace, etc.) haben sich gegen die gesetzliche Kontrolle von Saatgut und Pflanzenanbau zusammengeschlossen.

Nur dann, wenn man will, dass einem nur noch lächelnde Hühner aus den Kühlregalen anschauen und das Essen auf dem Tisch nur noch aus der Gen-Küche kommt, kann man TTIP/TAFTA befürworten. Wer will das?

Was ist falsch an Patenten auf Pflanzen, Tiere und Saatgut?

Patente werden in der Industrie mittlerweile als Waffen gegen Mitbewerber eingesetzt. Gesteht man Konzernen Patente auf Lebewesen zu, richtet sich dies automatisch gegen kleinere Marktteilnehmer.

In Zeiten, in denen Menschen hungern, werden Lebensmittel durch die Monopolisierung von Gütern der Grundversorgung unnötig verknappt. Sie werden mehr denn je zu Spekulationsobjekten, was wiederum die Preise nach oben treibt. Biologisch und landwirtschaftlich sind die Folgen ebenfalls dramatisch, denn statt Artenvielfalt kommen noch weniger hochspezialisierte Tier- und Pflanzenarten in noch größerem Maßstab zum Einsatz. Artenvielfalt ist eben nicht das Ziel großer Agro-Gentechnik-Konzerne. Für kleinere, ökologisch wertvollere landwirtschaftliche Betriebe, schwinden die Chancen im Wettbewerb, da sie die

Kosten für einen Patentrechtsstreit mit einem Konzern nicht tragen können.

Heilkräuter, Kulturpflanzen und Saatgut sind oft in einem jahrhundertelangen Prozess entstanden und überlebenswichtiger Bestandteil der Lebensführung indigener Gesellschaften. Die Patentierung von Wirkstoffen aus diesen Pflanzen in den wohlhabenden Industrienationen behindert die Ursprungsproduzenten nicht nur beim Export der Kulturpflanzen, sondern auch bei der lokalen Vermarktung und damit der Versorgung seiner Bevölkerung.

Die flächendeckende Ausbreitung von monokulturellen Saatgütern in Kombination mit Unkrautvernichtungsmitteln hat den Artenreichtum und damit die genetische Vielfalt bereits stark beeinträchtigt. Daraus resultiert der Zwang, langfristig Saatgut aus den Industrienationen zu lizenzieren und damit teuer zu kaufen.

In der Landwirtschaft erweist sich die Patentierung natürlicher Basisgüter zudem als unvereinbar mit der Tradition, denn der Jahrhunderte lange Austausch von z. B. Saatgut und Wissen über geteilte Kreuzungen war stets Allgemeingut, gehörte allen und nicht einzelnen Patentinhabern.

TTIP/TAFTA fördert jedoch Agrarkonzerne wie Monsanto beim Exklusivvertrieb von Produkten, der nicht nur die Artenvielfalt in unserer Natur bedroht, sondern weltweit die Nahrungsgrundlagen in den ärmsten Regionen zerstört und stattdessen das Monopol jener Konzerne auf Grundversorgung manifestiert.

Listenplatz 5 Andreas Schramm

Andreas Schramm (Listenplatz 5 zur Landtagswahl 2014)

<https://wiki.piratenbrandenburg.de/Benutzer:Andreas390>

<https://wiki.piratenbrandenburg.de/LTW2014/Kandidatur-006>

Mein Name ist Andreas Schramm. Ich bin 51 Jahre alt, verheiratet und habe zwei Kinder. Von Beruf bin ich Rechtsanwalt, im Herzen bin ich PIRAT.

Für PIRATEN gibt es keine Grenzen.

Wir PIRATEN stehen für Offenheit. Offenheit bedeutet für uns zunächst einmal, dass sich jeder Mensch frei entfalten können muss. Diese Möglichkeit muss bestehen ohne Repressalien befürchten zu müssen. Offenheit bedeutet für uns aber auch, dass sich alle Menschen frei bewegen können.

Bereits bei der Einreise nach Brandenburg können sich nicht alle Menschen frei bewegen. Ein Teil der Menschen wird hieran durch das sog. Flughafenasylverfahren gehindert. Das Flughafenasylverfahren* ist ein Sonderschnellverfahren, wo Flüchtlinge aus als „sicher“ geltenden Herkunftsländern noch am Flughafen vor der Einreise nach Deutschland angehört

werden. Sie dürfen das Flughafengelände nicht verlassen und ohne weiteres nach Deutschland einreisen, um dort ihren Asylantrag zu stellen. Stattdessen müssen sie ihre Abschiebung befürchten. Die Gelegenheit, einen Anwalt zu kontaktieren, muss auch erst nach der Anhörung gegeben werden. Zu diesem Zeitpunkt sind die wesentlichen Grundlagen für die Entscheidung des Asyl-Bundesamtes aber bereits gelegt.** Wir Piraten Brandenburg lehnen deshalb die Durchführung des Flughafenasylverfahrens ab.

Haben Flüchtlinge die Einreise nach Brandenburg geschafft, wird ihre Bewegungsfreiheit dann durch die sog. Residenzpflicht*** eingeschränkt. Die Residenzpflicht beschränkt den Aufenthaltsort von Asylsuchenden und geduldeten Ausländern im Regelfall auf das jeweilige Bundesland. In Brandenburg dürfen Flüchtlinge ohne Sondergenehmigung nicht die Länder Brandenburg und Berlin verlassen.**** Die Residenzpflicht existiert nur in Deutschland und ist abzulehnen. Wir Piraten Brandenburg stehen dafür, dass alle Menschen Freizügigkeit haben und nicht derartigen Schikanen ausgesetzt werden. Wir setzen wir uns für die sofortige, endgültige und bundesweite Abschaffung der Residenzpflicht ein.

*<http://www.amnesty.de/asylpolitik/2012/4/positionspapier-zum-flughafenverfahren>

**<http://www.migrationsrecht.net/nachrichten-auslaenderrecht-politik-gesetzgebung/flughafenverfahren-aeusserst-problematisch.html>

***<https://de.wikipedia.org/wiki/Residenzpflicht>

****<http://www.proasyl.de/de/themen/basics/basiswissen/rechte-der-fluechtlinge/bewegungsfreiheit/residenzpflicht/>

Wahlprogramm Brandenburg

1 Einleitung

2 Privatsphäre, Datenschutz und Bürgerrechte

- 2.1 Beobachtung und Überwachung im öffentlichen Raum
- 2.2 Videoüberwachung auf Demonstrationen
- 2.3 Automatisierte Kennzeichenerfassung
- 2.4 Erfassung und Speicherung von Biometrischen Daten
- 2.5 Für Menschenrechte kämpfen
- 2.6 Onlineüberwachung
- 2.7 Ablehnung von Körperscannern
- 2.8 Ablehnung des Einsatzes des "Schultrojaners"
- 2.9 Ablehnung des Einsatzes des Staatstrojaners

3 Grundrecht auf Internetzugang

4 Transparenz in Politik und Verwaltung

- 4.1 Transparente Strukturen in der öffentlichen Verwaltung
- 4.2 Livestream und Videoprotokolle des Landtags
- 4.3 Transparenz in Verwaltung und Politik
- 4.4 Reform des Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetzes
- 4.5 Transparenz der Sitzungen des Landtags und der Ausschüsse
- 4.6 Transparenz der Sitzungen in den Kommunen

5 Demokratie und Wahlrecht

- 5.1 Demokratie ohne Staatszugehörigkeit
- 5.2 Gleiches Kommunalwahlrecht für alle Bürger
- 5.3 Stärkung der direkten Demokratie im Land Brandenburg
- 5.4 Einführung neuer Onlinebeteiligungsformen
- 5.5 Onlinepetitionen nach Bundesvorbild
- 5.6 Abschaffung der Amtseintragung
- 5.7 Sperrklauseln bei Wahlen
- 5.8 Kumulieren und Panaschieren
- 5.9 Mindestfraktionsstärke auf zwei Sitze begrenzen
- 5.10 Verbindliche Prüfung der Beschlussfähigkeit von Parlamenten
- 5.11 Bürgermeister per Zustimmungswahl
- 5.12 Zwingende Bürgerentscheide bei Gemeindefusionen
- 5.13 Dezentralisierung der Verwaltung in ländlichen Gemeinden
- 5.14 Bürgerbegehren zu Bauprojekten

6 Inneres und Justiz

- 6.1 Auflösung des Verfassungsschutzes
- 6.2 Der Polizeibeauftragte des Landtages
- 6.3 Verbesserte Ausstattung der Polizei
- 6.4 Der Kennzeichnung von Polizisten
- 6.5 Verbunddatei Gewalttäter Sport
- 6.6 Justizvollzug modernisieren
- 6.7 Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus
- 6.8 Ablehnung Flughafenasylverfahren
- 6.9 Abschaffung Residenzpflicht

7 Bildungspolitik und Inklusion

- 7.1 Vorrang für Bildung
- 7.2 Mehr Handlungsspielräume für Bildungseinrichtungen
- 7.3 Ganztagschulen
- 7.4 Für gesundes, kostenfreies Schulesen
- 7.5 Kommunikation und Medienerziehung
- 7.6 3D-Drucker
- 7.7 Inklusion als Menschenrecht

8 Wissenschaft und Forschung

- 8.1 Bekenntnis zum Templiner Manifest
- 8.2 Zensurfreie Veröffentlichung von wissenschaftlichen Studien und Berichten

9 Umwelt- und Naturpolitik

- 9.1 Umweltpolitik im Land Brandenburg
- 9.2 Nachhaltigkeit und Beständigkeit
- 9.3 Erhalt des ländlichen Lebensraums
- 9.4 Freier Zugang zu Naturschönheiten, Erholung in freier Natur
- 9.5 Weiterentwicklung des Landesumweltinformationsgesetzes
- 9.6 Verbandsklagerecht für Umweltverbände
- 9.7 Verbandsklagerecht im Tierschutz
- 9.8 Landwirtschaft
- 9.9 Biodiversität
- 9.10 Grundlagen der Tierhaltung
- 9.11 Pflege tradierter Rassen und Sorten
- 9.12 Vielfalt statt Monokulturen
- 9.13 Gentechnikfreie Regionen / Haftung für Gentechnik in der Landwirtschaft
- 9.14 Forstwirtschaft
- 9.15 Brauch- und Trinkwasserversorgung
- 9.16 Wasserwirtschaft
- 9.17 Abwasser ist ein Wertstoff
- 9.18 Wertstoff Müll
- 9.19 Ablehnung von Anwendung der CCS-Technologie
- 9.20 Kleingartenanlagen
- 9.21 Lärmemissionen
- 9.22 Industrie- und Verkehrslärm durch Kartierung auf OpenData-Basis erfassen
- 9.23 Umweltbelastungen Flugverkehr
- 9.24 Lichtverschmutzung reduzieren

10 Energiepolitik

- 10.1 Energiepolitik im Land Brandenburg
- 10.2 Ziel der Energiepolitik im Land Brandenburg
- 10.3 Nachhaltigkeit der Energieversorgung
- 10.4 Ablehnung von Fracking
- 10.5 Ausbau der Speichermedien
- 10.6 Gleichberechtigter Netzzugang
- 10.7 Einbeziehung der Bürger bei der Nutzung von Windstrom
- 10.8 Sonnenenergie

- 10.9 Kein Ausbau des Braunkohleabbaus
- 11 Verkehrspolitik
 - 11.1 Verkehrspolitik im Land Brandenburg
 - 11.2 Schweizer Sicherungswände
 - 11.3 Modellversuch für einen fahrscheinlosen öffentlichen Personennahverkehr
 - 11.4 Erforschung und Einsatz alternativer ÖPNV-Modelle
 - 11.5 Ausbau der Radwege in Brandenburg
 - 11.6 Förderung des Fahrradverkehrs
- 12 Flughafen Berlin Brandenburg (BER)
 - 12.1 BER aufgeben! Nachnutzungskonzept! Neues Standortsuchverfahren!
 - 12.2 Lärmschutz für den BER
 - 12.3 Keine weitere Landebahn für den BER
 - 12.4 Nachtflugverbot für den BER
- 13 Infrastruktur
 - 13.1 Ziele der Infrastrukturpolitik in Brandenburg
 - 13.2 Schienen-Infrastruktur in öffentlicher Hand, konkurrierende Nutzung
 - 13.3 Beibehaltung und Instandsetzung der Schienen-Infrastruktur
 - 13.4 Verknüpfung des ÖPNV mit Rad- und Autoverkehr
 - 13.5 Verkehr- und Industrielärmemissionen
 - 13.6 1. Industrie- und Verkehrslärm durch Kartierung auf OpenData-Basis erfassen
 - 13.7 2. Belastungen durch den Flugverkehr minimieren
 - 13.8 3. Belastungen durch den Schienenverkehr senken
 - 13.9 4. Belastungen durch den Autoverkehr vermeiden
- 14 Bauen und Stadtentwicklung
 - 14.1 Planen und Bauen für die Zukunft: Beteiligung von Anfang an
 - 14.2 Wohnverdichtung in Städten und Gemeinden
 - 14.3 Förderung von Altbausanierung
 - 14.4 Multifunktionale Gestaltung der Städte und Gemeinden
- 15 Geschlechter- und Familienpolitik
 - 15.1 Familie hat viele Gesichter
 - 15.2 Freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität und Orientierung
 - 15.3 Gleichstellung unterschiedlichster Lebensgemeinschaften und Ablehnung des Begriffes "Homohe"
 - 15.4 Freie Selbstbestimmung des Zusammenlebens
 - 15.5 Freie Selbstbestimmung und Familienförderung
- 16 Arbeit und Soziales
 - 16.1 Offener Zugang zum Arbeitsmarkt und Förderung der Chancengleichheit durch anonymisierte Bewerbungsverfahren
 - 16.2 Gleichstellungsbeauftragte zu Antidiskriminierungsbeauftragte umwandeln
- 17 Medien, Kunst und Kultur
 - 17.1 Freies WLAN in öffentlichen Gebäuden
 - 17.2 Freier Zugang zu öffentlich finanzierten Daten

- 17.3 Depublizieren abschaffen
- 18 Gesundheitspolitik
 - 18.1 Gegen vorrangige Gewinnorientierung im Gesundheitswesen
 - 18.2 Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett
 - 18.3 Sicherstellung der geburtshilflichen Grundversorgung
 - 18.4 Einheitliche gesetzliche Haftpflicht für Hebammen
 - 18.5 Attraktive Ansiedlungsbedingungen für Ärzte im ländlichen Raum schaffen
 - 18.6 Niedrigschwellige und bedarfsgerechte Betreuung durch die Hebamme
 - 18.7 Liberalisierung des Bestattungsgesetzes
- 19 Suchtpolitik
 - 19.1 Konsumentenjagd beenden, konsequente Vorsorgepolitik starten
 - 19.2 Problembewusstsein stärken, riskanten Konsum verhindern
 - 19.3 Konsumenten schützen, Gesundheitsschäden minimieren
 - 19.4 Bestehende Netzwerke nutzen, gemeinsam Zukunft gestalten
- 20 Haushaltspolitik
 - 20.1 Barrierefreier und maschinenlesbarer Haushalt
 - 20.2 Unzulässigkeit von Globalen Minder- und Mehrausgaben sowie Platzhalten im Haushalt
 - 20.3 Einführung des doppelten Haushalts- und Rechnungswesens auch auf Landesebene
 - 20.4 Konsolidierung des Landeshaushaltes fortsetzen
- 21 Finanzen
 - 21.1 Stärkung und Erhalt der Steuereinnahmen für Brandenburg
- 22 Wirtschaft
 - 22.1 Transparenz der Vergabe öffentlicher Aufträge
 - 22.2 Banken in die Schranken
 - 22.3 Transparenzvorgaben für Rettungskredite
 - 22.4 Spekulation mit Grundnahrungsmitteln verbieten
 - 22.5 Menschenhandel und Sklaverei in Zulieferketten offenlegen
- 23 Über dieses Wahlprogramm

Einleitung

Freiheitsrechte und die Gestaltung der modernen Informations- und Wissensgesellschaft im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger sind die Kernanliegen der Piratenparteien in ganz Europa und weltweit – und natürlich auch bei uns im Land Brandenburg.

Am 10. September 2006 wurde die Piratenpartei Deutschland in Berlin gegründet. Während des Wahlkampfes zur Europa- und Bundestagswahl im Jahr 2009 erlebte die Piratenpartei, damals nur wenige Hundert Mitglieder stark, einen großen Mitgliederzuwachs. Für die schwedische Schwesterpartei sitzen seitdem zwei Abgeordnete im Europaparlament. Bei der Bundestagswahl konnte sie als neue Partei sofort zwei Prozent der Stimmen erreichen. Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin im Jahr 2011 konnte die Piratenpartei Deutschland

ihren ersten großen Erfolg erzielen und erstmals Abgeordnete in ein Parlament auf Landesebene entsenden.

Der Traum, alles Wissen und alle Kultur der Menschheit zusammenzutragen, zu speichern und heute sowie in der Zukunft verfügbar zu machen, ist durch die rasanten Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte im Bereich der Informationstechnologien in greifbare Nähe gerückt. Wie jede bahnbrechende Neuerung erfasst diese alle Lebensbereiche und führt zu tiefgreifenden Veränderungen der Gesellschaft. Die Piratenpartei möchte dazu beitragen, dass die Chancen dieser Entwicklungen genutzt werden und kämpft dafür, die Gefahren des Missbrauchs abzuwenden. Informationelle Selbstbestimmung, freier Zugang zu Wissen und Kultur und die Wahrung der Privatsphäre sind auch in Brandenburg die Grundpfeiler der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts. Nur auf dieser Basis kann eine von den Bürgerinnen und Bürgern getragene, sozial gerechte, freiheitlich-demokratische Grundordnung bewahrt werden. Die Piratenpartei ist Teil einer weltweiten Bewegung, die diese Ordnung zum Vorteil Aller mitgestalten will.

Am 14.09.2014 tritt die Piratenpartei das erste Mal zu einer Landtagswahl in Brandenburg an. Der Landesverband Brandenburg der Piratenpartei, gegründet am 3. Oktober 2008, ist seitdem stetig gewachsen. Heute gehören den Piraten Brandenburg mehr als 1000 Mitglieder aus allen Altersgruppen und Gesellschaftsschichten an. Wir wollen unsere ureigenen Themen, abgeleitet aus Grund- und Bürgerrechten, in die politische Diskussion einbringen und unsere Standpunkte mit der nötigen Sachlichkeit vertreten. Wir haben grundlegende Ansichten, Ideale und Ziele, die in allen Politikbereichen relevant sind. Für die Landtagswahl in Brandenburg haben wir uns weitere Themenfelder erschlossen und diese in öffentlichen und breitgefächerten Diskussionen mit konkreten Inhalten gefüllt. Auf den folgenden Seiten werden wir zu vielen landespolitischen Themen klar Stellung beziehen und Ihnen zeigen, wie wir die Politik im Land Brandenburg aktiv mitgestalten wollen.

Die Piratenpartei ist eine Mitmachpartei! Reden, diskutieren und streiten Sie mit uns und unterstützen Sie uns – zum Beispiel bei Infoständen, Stammtischen oder anderen Veranstaltungen – dabei, Politik zu machen! Wir hoffen, dass wir Sie mit unseren Inhalten überzeugen können und Sie uns am 14.09.2014 bei der Landtagswahl in Brandenburg Ihr Vertrauen schenken und Sie uns mit Ihrer Stimme unterstützen. Beeinflussen Sie die Politik im Land Brandenburg und gehen Sie am 14.09.2014 zur Wahl.

Klarmachen zum Ändern!

Privatsphäre, Datenschutz und Bürgerrechte

Beobachtung und Überwachung im öffentlichen Raum

Die Beobachtung und Überwachung des öffentlichen Raumes durch optisch-elektronische Einrichtungen kann in Einzelfällen die Aufklärung von Straftaten erleichtern. In der Regel wäre eine Aufklärung jedoch auch ohne das gewonnene Bildmaterial erfolgreich gewesen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass eine solche Überwachung nicht zur Prävention von Straftaten geeignet ist.

Daher lehnen die Piraten Brandenburg den Ausbau der öffentlichen Beobachtung und Überwachung strikt ab. Aktuelle Maßnahmen und der Einsatz neuer Technologien bei der öffentlichen Überwachung sind kritisch zu hinterfragen und gegebenenfalls rückgängig zu machen. Das Gefühl durch Kameras beobachtet zu werden, vermittelt dem Bürger keine Sicherheit, sondern schränkt die persönliche Freiheit ein. Statt technischer Mittel wollen wir eine höhere Präsenz von Polizei- und Ordnungskräften an Kriminalitätsschwerpunkten.

Videoüberwachung auf Demonstrationen

Die Teilnahme an einer gesetzmäßigen und ordentlich angemeldeten Demonstration ist ein Grundrecht, um eine politische Meinung kundzutun. Die bloße Teilnahme rechtfertigt es keinesfalls, Demonstranten unter den Verdacht zu stellen, einen Gesetzesbruch begehen zu wollen. Daher lehnen die Piraten Brandenburg ausdrücklich den allgemeinen und präventiven Einsatz von Überwachungskameras während Demonstrationen ab. Die Entscheidung für den Einsatz von Überwachungsmaßnahmen während einer Demonstration ist von den verantwortlichen Einsatzkräften nur bei einer besonderen Gefahren- und Aggressionslage zulässig.

Automatisierte Kennzeichenerfassung

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 11. März 2008 hat eindeutig klargestellt, dass eine verdachtsunabhängige, flächendeckende und automatisierte Kennzeichenerfassung zwecks Abgleich mit Fahndungsdaten nicht mit der Verfassung vereinbar ist. Daher ist es den Piraten Brandenburg unverständlich, dass solche Maßnahmen trotzdem zum Einsatz kommen. Einen solchen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte lehnen wir entschieden ab. Auch ein stichprobenhafter Abgleich automatisiert erfasster Autokennzeichen, so wie es das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zulässt, ist für uns nicht akzeptabel.

Erfassung und Speicherung von Biometrischen Daten

In immer größerem Umfang erfolgt die Speicherung und der automatisierte Abgleich von biometrischen Daten. Ein solches Vorgehen wird immer häufiger angewendet. Dabei lässt sich nicht verhindern, dass die Grundrechte der Bürger verletzt werden. Daher lehnen die Piraten Brandenburg die Erfassung

biometrischer Daten ohne begründeten Anfangsverdacht sowie deren Speicherung ohne erwiesene Straftat kategorisch ab.

Alle persönliche Daten, die im erkennungsdienstlichen Verfahren gewonnen wurden, sind im Falle des §170 Abs.2 StPO oder bei Freispruch, nach Abschluss des Verfahrens unverzüglich zu löschen.

Eine unmittelbare Löschung der DNA-Datensätze hat zu erfolgen, wenn der DNA-Abgleich zu keinem Ergebnis gegen den DNA-Träger geführt hat oder ein Ermittlungsverfahren gegen den DNA-Träger eingestellt wurde.

Für Menschenrechte kämpfen

Die grundlegenden Rechte jedes Menschen sind das höchste Gut und Ausdruck unserer Menschlichkeit. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, beschlossen und anerkannt von den Staaten der Vereinten Nationen, stellt dabei die umfassende und allgemein anerkannte Sammlung dieser Rechte dar. Die dort genannten Rechte sind unteilbar und gelten für jeden Menschen gleichermaßen, unabhängig von seiner Herkunft, seiner Religion, seinem Geschlecht, seiner Kultur oder anderen Merkmalen. Jeder Mensch muss sich frei entfalten können, ohne Repressalien befürchten zu müssen. Jede Diskriminierung ist abzulehnen. Die Piratenpartei Brandenburg kämpft dafür, die Menschenrechte national wie international durchzusetzen.

Onlineüberwachung

Die Freiheit des Einzelnen ist ein im Grundgesetz verankertes Grundrecht. In den letzten Jahren ist dennoch eine Tendenz zu beobachten, im Namen der Sicherheit die Freiheitsrechte einzuschränken. Dem tatsächlichen Verlust an Freiheit steht allerdings nur ein vermeintlicher Gewinn an Sicherheit gegenüber. Die Piraten Brandenburg lehnen daher eine Ausweitung von Überwachungstätigkeiten im Internet ab. Eine virtuelle Streife, die mehr als die von den Nutzern für das gesamte Internet veröffentlichten Daten einsieht, stellt eine Übertretung der Privatsphäre dar. Das Hausrecht ist auch im Internet zu beachten. Aus diesem Grund lehnen die Piraten Brandenburg eine verdachtsunabhängige, nicht durch individuelle richterliche Anordnung zugelassene Beobachtung von mit Zugangsbeschränkungen versehenen Kommunikationsräumen sowie den Einsatz von Überwachungssoftware ab, sofern keine unmittelbare Gefahr für Leib oder Leben von Menschen vorliegt. Die Verwendung von im Internet gesammelten Daten zur Profilbildung außerhalb von Ermittlungstätigkeiten lehnen wir grundsätzlich ab.

Ablehnung von Körperscannern

Die Piraten Brandenburg sieht das an verschiedenen Flughäfen durchgeführte

Experiment der sogenannten Körperscanner, umgangssprachlich "Nacktscanner" genannt, als gescheitert an und fordert einen kompletten Verzicht auf diese überflüssige Technik. Tests haben gezeigt, dass diese Geräte nicht zu mehr Sicherheit führen. Die existierenden Datenschutzbedenken sind nicht auszuräumen. Außerdem wird die Passagierabfertigung massiv verzögert, anstatt dass diese Technik zu einer Beschleunigung beiträgt.

Hierbei handelt es sich um eine nutzlose "Sicherheitstechnologie" wie sie die Piraten Brandenburg prinzipiell ablehnen.

Personelle Ausstattung der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht

Die Arbeitsbelastung der "Landesbeauftragten für Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht Brandenburg" (LDA) und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist seit der Zusammenführung der Datenschutzaufsicht über den öffentlichen und privaten Bereich deutlich angestiegen. Die Piraten Brandenburg setzen sich dafür ein, dass dem LDA die notwendige personelle Ausstattung zur Verfügung gestellt wird, um die zahlreichen anfallenden Aufgaben im vollen Umfang wahrnehmen zu können.

Ablehnung des Einsatzes des "Schultrojaners"

Die Piraten Brandenburg sehen in den Plänen eine Software wie den "Schultrojaner" zu installieren, wie auch generell in verdachtsunabhängigen Kontrollen in Schulen einen enormen Vertrauensbruch gegenüber Schülerinnen und Schülern sowie dem Lehrpersonal. Diese werden mitunter genutzt, um z.B. urheberrechtlich geschützte Werke zu entdecken. Derartige Kontrollen sind mit dem Datenschutz nicht vereinbar. Auf Computern in Schulen darf keine Software installiert werden, die nach Plagiaten sucht. Die Piraten Brandenburg fordern darüber hinaus, gemeinfreie Lehrmittel (wie jene die unter Creative-Commons-Lizenzen angeboten werden) stärker einzusetzen.

Ablehnung des Einsatzes des Staatstrojaners

Die Piraten Brandenburg lehnen den Einsatz einer Software zur Online-Durchsuchung (Bundes- oder Staatstrojaner) als stets unverhältnismäßigen Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung ab. Dieses Grundrecht beinhaltet unter anderem die Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme.

Bei Installation dieser Art von Software zur Durchführung des verdeckten Zugriffs werden Daten und Systeme prinzipbedingt nachhaltig verändert. Infolgedessen ist deren Integrität nicht mehr gewährleistet. Es ist nicht mehr nachzuvollziehen, wer

wann welche Veränderungen durchgeführt bzw. verursacht hat.

Wir sind daher für ein Verwertungsverbot von Beweisen, die auf diese Art gewonnen wurden. Eine derartige Informationsbeschaffung durch verdeckte Überwachung darf es nach der Auffassung der Piraten Brandenburg nicht geben.

Grundrecht auf Internetzugang

Die PIRATEN Brandenburg treten für das Grundrecht auf einen diskriminierungsfreien Internetzugang (Breitband) ein. Das Internet hat im privaten und beruflichen Leben den gleichen Stellenwert wie einst Telefon, Rundfunk und Fernsehen eingenommen und ist aus dem täglichen Leben nicht mehr wegzudenken. Die Anbindung über Funktechnologie kann nur eine Überbrückung darstellen. Grundsätzlich hat die Anbindung kabelgebunden zu erfolgen - da wo es technisch möglich ist, über Glasfaser.

Der Zugang zu freier Information und zur freien Kommunikation ist genauso ein Grundrecht, wie das Recht auf freie Meinungsäußerung. Bürger, die diesen Zugang nicht haben oder nutzen können, sehen sich einer zunehmenden digitalen Barriere ausgesetzt und können sich außerdem nicht aus allgemein verfügbaren Quellen informieren. Insbesondere in Gebieten mit ländlicher Struktur ist ein Ausgleich der Informations- und Kommunikationsdefizite nur noch durch den Internetzugang möglich. Da das Kommunikations- und Datenvolumenaufkommen bereits derzeit immens ist (zum Beispiel E-Mails, Webseiten, Voice over IP, Video on demand), muss ebenfalls eine angemessene Minimalbandbreite gewährleistet werden, die mit der technischen Entwicklung angepasst werden muss.

Auch die Behörden führen zunehmend Onlineangebote ein, um die Defizite durch die ausgedünnte Struktur auszugleichen. Der Bürger ist daher auf die Nutzung des Internets angewiesen, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Die Schließung von Gemeinschaftseinrichtungen - wie Schulen, Bibliotheken und Treffpunkten - aus angeblichen Kostengründen haben zu einer erheblichen Erosion der ländlichen Gebiete geführt. Schulen, die immer weiter vom Wohnort entfernt sind, erwarten von den Schülern, dass sie einen umfangreichen Zugang zu Quellen haben, um gestellte Aufgaben auch umsetzen zu können.

Die schlechte Bereitstellung des ÖPNV trägt ebenfalls dazu bei, dass insbesondere junge Menschen kaum noch öffentliche Angebote nutzen oder sich mit anderen treffen können. Das Internet stellt hier keinen gleichwertigen Ersatz dar, kann aber zumindest als Brücke dienen. Die fehlende Anbindung an ein leistungsfähiges Breitbandnetz ist auch für Klein- und mittlere Unternehmen Grundvoraussetzung für den Betrieb eines Gewerbes, da die Datenübermittlung an Behörden und Sozialversicherungsträger in der Regel nur noch online möglich ist. Betriebe sind ohne garantierten Breitbandanschluss nicht arbeitsfähig. Eine Ansiedlung auch in ländlichen Gebieten ist daher nahezu ausgeschlossen.

Das Kostenargument ist lediglich ein Scheinargument gegen das Grundrecht auf Internetzugang: Strom-, Telefon-, Gas- und Frischwassernetze wurden aus dem Aspekt der Grundversorgung bereits gelegt. Der Wettbewerb findet nicht durch die Netze an sich statt. Der Wettbewerb findet über die Diensteanbieter statt, denen ihrerseits ein diskriminierungsfreien Zugang gewährleistet werden muss.

Transparenz in Politik und Verwaltung

Transparente Strukturen in der öffentlichen Verwaltung

Die Piraten Brandenburg unterstützen die Schaffung transparenter Strukturen, um das Vertrauen in Politik und Verwaltung zu stärken. Dabei darf die Transparenz aber nicht nur Elemente des Haushalts aufgreifen, sondern muss auch bei Entscheidungsfindungen, Vertragsabschlüssen und bei Berichten zu politischen Themen angewandt werden. Ziel ist es, das Informationsrecht des Bürgers hin zu einer Informationspflicht der Verwaltung zu entwickeln. Die Prinzipien von Open Data müssen auch an dieser Stelle eingehalten werden.

Die Transparenz des öffentlichen Eigentums darf nicht durch Verschachtelung von Unternehmensbeteiligungen umgangen werden.

Dies kann z.B. durch den Landesrechnungshof Brandenburg oder eine andere unabhängige Organisation überwacht werden.

Livestream und Videoprotokolle des Landtags

Alle Sitzungen des brandenburgischen Landtags und alle öffentlichen Ausschusssitzungen sollen über die Internetpräsenz des Landtags live gestreamt und zusätzlich zum schriftlichen Protokoll als Aufzeichnung an zentraler Stelle abrufbar sein. Bei nichtöffentlichen Sitzungen soll mindestens die Tagesordnung, der begründete Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit und die entsprechende namentliche Abstimmung veröffentlicht werden.

Transparenz in Verwaltung und Politik

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich dafür ein, dass alle Verträge und Gutachten einer Gebietskörperschaft (zum Beispiel Gemeinde, Amt, Stadt und Landkreis) komplett und kostenfrei öffentlich zugänglich gemacht werden. Der Ausschluss der Öffentlichkeit von Sitzungen oder Ausschüssen ist auf ein absolutes Minimum zu beschränken. Nichtöffentliche Sitzungen sollen in jedem Einzelfall öffentlich begründet und beschlossen werden. Protokolle öffentlicher Sitzungen und von Ausschüssen sollen sofort und vollständig online verfügbar gemacht werden. Änderungen am Protokoll sind transparent darzustellen und zu begründen. Alle öffentlichen Sitzungen sind live zu übertragen und gleichzeitig aufzuzeichnen.

Diese Aufzeichnungen unterliegen – genauso wie die Protokolle der Informationsfreiheit und sind entsprechend zu veröffentlichen.

Reform des Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetzes

Die Piraten Brandenburg setzen sich dafür ein, dass im Land Brandenburg ein zeitgemäßes, modernes Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz geschaffen wird. In Brandenburg existiert zwar ein verfassungsrechtlich gesichertes Recht auf Akteneinsicht, dieses wird aber durch ein unzulängliches Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz ausgehebelt. Nach Ansicht der Piraten Brandenburg hat jedermann, ohne einen Grund für seinen Antrag angeben zu müssen, grundsätzlich freien, ersatzweise beschränkten Informationszugang zu allen – hoheitlichen und fiskalischen Verwaltungsvorgängen zu erhalten. Zur Wahrung dieses Rechts stellt die Piratenpartei Brandenburg folgende Mindestanforderungen an das Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz:

- Ausnahmen, zum Beispiel der Schutz besonderer öffentlicher Belange sowie personenbezogener Daten und Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen, sind eng und nur unter Abwägung mit gegebenenfalls höherrangigen Rechten zuzulassen.
- Die Akteneinsicht und Aktenauskunft hat innerhalb einer vorgeschriebenen kurzen Frist zu erfolgen.
- Die für die Akteneinsicht zu erhebenden Verwaltungsgebühren sind so zu gestalten, dass diese das Informationsrecht der Bürgerinnen und Bürger nicht behindern. Auskünfte und die Einsichtnahme in Akten sollen vorwiegend kostenlos sein. Maximal sind die Material- und Versandkosten als Gebühr anzusetzen.
- Ablehnungen von Anträgen sind zu begründen und müssen gerichtlich nachprüfbar sein.
- Die Einhaltung des Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetzes ist durch einen entsprechenden Beauftragten, an den sich jeder beschwerdeführend wenden kann, zu überwachen.

Das Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz soll zudem auch Anwendung finden, wenn Aufgaben an privatrechtlich organisierte Stellen ausgelagert werden: bislang kommt das Gesetz in diesem Fall nicht zum Tragen, selbst wenn sich das betreffende Unternehmen in hundertprozentigem Eigentum der öffentlichen Hand befindet.

Transparenz der Sitzungen des Landtags und der Ausschüsse

Alle Sitzungen des brandenburgischen Landtags und alle öffentlichen Ausschusssitzungen sollen über die Internetpräsenz des Landtags live gestreamt

werden. Zusätzlich ist ein schriftliches, maschinenlesbares Protokoll an zentraler Stelle abrufbar zur Verfügung zu stellen.

Bei nichtöffentlichen Sitzungen sollen mindestens die Tagesordnung, der begründete Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit, sowie eventuelle namentliche Abstimmungen veröffentlicht werden.

Transparenz der Sitzungen in den Kommunen

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich dafür ein, dass alle Verträge und Gutachten von Körperschaften des öffentlichen Rechts (zum Beispiel Gemeinde, Amt, Stadt und Landkreis) komplett, barrierefrei und kostenfrei öffentlich zugänglich gemacht werden. Der Ausschluss der Öffentlichkeit von Sitzungen oder Ausschüssen ist auf ein absolutes Minimum zu beschränken. Nichtöffentliche Sitzungen sollen in jedem Einzelfall öffentlich begründet und beschlossen werden. Protokolle von Sitzungen und Ausschüssen sollen sofort und vollständig maschinenlesbar online verfügbar gemacht werden. Protokolle nichtöffentlicher Sitzungen müssen anonymisiert in gleicher Weise veröffentlicht werden. Änderungen am Protokoll sind transparent darzustellen und zu begründen. Alle öffentlichen Sitzungen sind live zu übertragen und gleichzeitig aufzuzeichnen und sind ebenfalls entsprechend zu veröffentlichen.

Demokratie und Wahlrecht

Demokratie ohne Staatszugehörigkeit

Alle Menschen haben das Recht die Politik mitzugestalten. Die bestehenden Hürden, die durch das veraltete Staatsangehörigkeitsrecht entstehen, werden die Piraten Brandenburg aufheben.

Die Piratenpartei Brandenburg wird das bereits geltende Wahlrecht für EU-Bürger auf kommunaler Ebene ausweiten. Das Wahlrecht ist allen Menschen, deren Lebensmittelpunkt in Brandenburg liegt, zu gewähren, um ihnen zu ermöglichen, aktiv an der Gestaltung ihres Umfelds mitzuwirken. Dies betrifft sowohl die Kommunalwahlen als auch das Recht an Bürgerentscheiden teilzunehmen.

Gleiches Kommunalwahlrecht für alle Bürger

Die Piraten Brandenburg setzen sich für eine Gleichstellung der demokratischen Bürgerrechte bei der Wahl der kommunalen Hauptverwaltungsbeamten durch die Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg ein. Wir fordern die Einführung der Direktwahl der Hauptverwaltungsbeamten durch die Bürgerinnen und Bürger für alle Kommunalverwaltungen im gesamten Land Brandenburg. Wir fordern die entsprechende Änderung in der Kommunalverfassung Brandenburg durch den Landtag Brandenburg.

Stärkung der direkten Demokratie im Land Brandenburg

Bislang dürfen Volksinitiativen und Volksbegehren keine Vorschläge unterbreiten, die größere Auswirkungen auf den Landeshaushalt haben. Das Gesetz über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid (VAGBbg) soll dahingehend geändert werden, dass Volksinitiativen und Volksbegehren auch zulässig sind, wenn sie sich auf den Landeshaushalt auswirken.

Die Piraten Brandenburg setzen sich außerdem dafür ein, dass die Hürden für das Zustandekommen eines Volksbegehrens gesenkt werden: Das Gesetz über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid (VAGBbg) soll dahingehend geändert werden, dass für den Erfolg eines Volksbegehrens 60.000 – statt bisher 80.000 – gültige Eintragungen ausreichen. Die Eintragung für ein Volksbegehren soll darüber hinaus nicht mehr ausschließlich in amtlichen Eintragungsräumen erfolgen; der sogenannte "Amtseintrag" soll entfallen.

Die Piraten Brandenburg setzen sich für die Abschaffung dieser Hürde ein, da sie Volksbegehren erschwert und zur Politikverdrossenheit beiträgt. Stattdessen fordert die Piratenpartei Brandenburg die Ermöglichung der Unterschriftensammlung auf offener Straße. Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich im Verfahren für Volksentscheide dafür ein, dass das bisher geltende Zustimmungsquorum – wonach die einfache Mehrheit mindestens 25 Prozent der Stimmberechtigten darstellen muss – abgeschafft wird. Wie bei Wahlen soll die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheiden.

Bei Volksentscheiden, die den Wortlaut der Verfassung ausdrücklich ändern oder diese ergänzen, ist bislang die Zustimmung von 50 Prozent der Stimmberechtigten notwendig.

Die Piraten Brandenburg machen sich dafür stark, dass dieser Wert auf 25 Prozent abgesenkt wird. Vor einem Volksentscheid sollen alle Haushalte im Land Brandenburg eine Info-Broschüre erhalten, in der der Inhalt des Volksentscheides mit ausgewogenen Argumenten der Pro- und Contra-Seite dargestellt wird.

Einführung neuer Onlinebeteiligungsformen

Das Internet verändert die modernen Gesellschaften nachhaltig, es fördert kooperatives Denken und Handeln und stellt eine neue Chance für die Partizipation des Bürgers in der Demokratie dar. Um die neuen Möglichkeiten der Teilhabe am politischen Willensbildungsprozess für das Land Brandenburg zu nutzen, sollen im Rahmen von wissenschaftlich begleiteten Pilotprojekten die technischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen erforscht werden. Hieraus soll ein Leitfaden zur breiten Einführung von internetgestützten Bürgerbeteiligungsformen erarbeitet werden, um eine schnelle Einführung zu ermöglichen.

Onlinepetitionen nach Bundesvorbild

Jeder hat das Recht, sich mit Anliegen und Beschwerden an die Volksvertretung zu wenden. Deshalb möchten wir den Bürgern einfachere Wege ermöglichen, an der Gesetzgebung mitzuwirken. Dazu gehören auch Onlinepetitionen, die über ein Portal – nach Vorbild des Bundestages – zum gesellschaftlichen Diskurs einladen. Mitzeichnerunterschriften sollen auch online gesammelt werden können. Petenten mit einer signifikanten Anzahl von Mitzeichnern sollen dabei ein Anhörungsrecht im Landtag erhalten.

Abschaffung der Amtseintragung

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich für eine Abschaffung der Amtseintragung für Unterstützungsunterschriften nach §28a Absatz 4 des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes ein.

Das Sammeln von Unterstützungsunterschriften soll auch außerhalb der üblichen Öffnungszeiten von Ämtern und ohne die Anwesenheit von zur Beglaubigung von Unterschriften ermächtigten Personen ermöglicht werden.

Sperrklauseln bei Wahlen

Die Piraten Brandenburg sind gegen die Einführung einer expliziten Sperrklausel im Kommunalwahlrecht. Jegliche Art von Wahlhürde richtet sich gegen den Grundgedanken der Demokratie.

Die Piratenpartei Brandenburg befürwortet aktiv eine Pluralität von Parteien, Wählergruppen und Einzelpersonen in den gewählten Gremien, die der freiheitlich demokratischen Grundordnung entsprechen. Auch kleinen Parteien und Gruppen darf der Einzug in kommunale Vertretungen nicht durch kaum überwindbare Zugangshürden erschwert werden. Das Kommunalwahlgesetz darf keine Wählerstimme abwerten. Die Piraten Brandenburg treten zudem für eine deutliche Senkung der Sperrklausel bei den Landtagswahlen auf höchstens drei Prozent ein.

Kumulieren und Panaschieren

Die Piraten Brandenburg streben den Einsatz des Wahlsystems "Kumulieren und Panaschieren" bei Landtagswahlen an. Die Bürger erhalten dabei drei Stimmen, die sie innerhalb der Parteilisten an Kandidaten vergeben können. Es können Mandatsbewerber aller antretenden Parteien und Wählervereinigungen angekreuzt werden. Jedem Kandidaten können dabei bis zu drei Stimmen gegeben werden. Weiterhin soll es möglich sein, nur einer Partei seine Stimme zu geben.

Wird die von der Partei aufgestellte Liste durch das so genannte Listenkreuz bestätigt, werden die Stimmen der Listenreihenfolge entsprechend auf die Kandidaten verteilt, bis alle Stimmen vergeben sind. Dabei kann der Wähler auch

Kandidaten auf der angekreuzten Liste durchstreichen. Diese erhalten dann keine Stimme.

Das Kumulieren und Panaschieren ermöglicht den Bürgern, ihrer Stimme mehr Gewicht zu verleihen. Die Piraten Brandenburg setzen sich dafür ein, dass sich das Land Brandenburg bei Landtagswahlen den Ländern Bremen und Hamburg anschließt und das Kumulieren und Panaschieren ermöglicht.

Mindestfraktionsstärke auf zwei Sitze begrenzen

Seit dem Jahr 2011 können die Kommunalvertretungen selbst bestimmen, ab welcher Anzahl von Mandaten eine Partei beziehungsweise Wählergemeinschaft Fraktionsstatus erhält.

So sehen einige Landkreise und Städte zurzeit eine Mindestfraktionsstärke von vier Sitzen vor. An den Fraktionsstatus sind jedoch entscheidende parlamentarische Rechte wie die Entsendung von Mitgliedern in die Ausschüsse und damit auch das Stimmrecht sowie der Anspruch auf Mittel für Sachkosten und die Nutzung öffentlicher Räumlichkeiten gekoppelt.

Von einer Anhebung, die ursprünglich dazu diente, rechtsextremen Parteien die Arbeit in den Kommunalvertretungen zu erschweren, sind alle kleinen Gruppierungen betroffen, eben auch lokale Bürgerbündnisse, die in die Kommunalvertretung gewählt wurden.

Um mehr Chancengleichheit zwischen etablierten und neuen Kräften zu gewährleisten, setzen sich die Piraten Brandenburg dafür ein, dass alle Parteien und Wählergemeinschaften mit mindestens zwei gewählten Vertretern Fraktionsstatus erhalten. Kreise, Städte und Gemeinden sollten davon absehen, von dieser Regelung abzuweichen.

Verbindliche Prüfung der Beschlussfähigkeit von Parlamenten

Die Piratenpartei Brandenburg fordert die Geschäftsordnungen von Bundestag und Landes- und anderen Parlamenten ggf. so anzupassen, dass eine verbindliche Überprüfung der Beschlussfähigkeit vorgesehen ist.

Geschäftsordnungsanträge auf Prüfung der Beschlussfähigkeit dürfen nicht durch ein Quorum relativ zur Gesamtzahl der Sitze im Parlament, sondern nur relativ zur Zahl der anwesenden Parlamentarier begrenzt werden.

Bürgermeister per Zustimmungswahl

Die Piraten Brandenburg setzen sich für eine Wahl der Oberbürgermeister und Bürgermeister per Zustimmungswahl ein. Bei dieser einfachen und leicht verständlichen Methode haben die Wähler die Möglichkeit, für beliebig viele

Kandidaten zu stimmen. Wählbar sind alle Kandidaten, die die dafür notwendigen Grundvoraussetzungen erfüllen. Gewählt ist der Kandidat mit den meisten Stimmen.

Die Vorteile der Zustimmungswahl sind vielfältig. Der beliebteste Kandidat gewinnt die Wahl, und die strukturelle Benachteiligung von kleinen Parteien wird verringert. Konsensfindung und die Diskussionen an Sachthemen werden gefördert und mögliche Verzerrungen des Wählerwillens durch das Stichwahlsystem werden ausgeschlossen.

Zwingende Bürgerentscheide bei Gemeindefusionen

Im Jahr 2001 hat es zahlreiche Bürgerentscheide über die Zusammenlegung von Gemeinden gegeben. Allerdings wurden diese von den Gemeinderäten von "oben" angesetzt.

Bisher besteht kein Automatismus, der gewährleistet, dass die Bürger zwingend das letzte Wort bei einer möglichen Fusion haben – so sollte es nach Ansicht der Piratenpartei Brandenburg aber sein. Grund dafür ist, dass eine Zusammenlegung von Gemeinden auch immer ein Weniger an Repräsentation bedeutet, da die Kommunalvertretung für deutlich mehr Menschen und ein größeres Gebiet zuständig ist.

Die Piraten Brandenburg machen sich dafür stark, dass bei einer bevorstehenden Zusammenlegung von Gemeinden – beziehungsweise Kreisen – zwingend Bürgerentscheide in den betroffenen Kommunen stattfinden müssen. Ein Zusammenschluss erfolgt nur dann, wenn in den betroffenen Kommunen jeweils die Mehrheit zustimmt.

Dezentralisierung der Verwaltung in ländlichen Gemeinden

Die Piraten Brandenburg setzen sich für eine teilweise Dezentralisierung der Verwaltung in ländlichen Gemeinden durch verstärkte Nutzung des Internets ein.

Sie befürworten eine regelmäßige Bedienung von Gemeindeteilen durch Amtsbusse, in denen ein möglichst weites Spektrum von Amtsgeschäften erledigt werden kann (rollendes Bürgerbüro), bei denen physische Präsenz des Bürgers notwendig ist.

Bürgerbegehren zu Bauprojekten

Zu wichtigen Themenbereichen sind im Land Brandenburg Bürgerbegehren nach wie vor gesetzlich ausgeschlossen.

Die Piraten Brandenburg setzen sich dafür ein, dass die Bauleitplanung als Gegenstand für Bürgerbegehren zugelassen wird. Der Negativkatalog wird darüber hinaus soweit ausgedünnt, dass nur noch Pflichtaufgaben nach Weisung und

Auftragsangelegenheiten, die Haushaltssatzung, Personalangelegenheiten sowie Anträge mit gesetzwidrigem Ziel ausgeschlossen sind.

So sind beispielsweise keine Bürgerbegehren zum Bau von Straßen und Gebäuden möglich. Die Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigen jedoch, dass das Interesse der Bürger groß ist, vor allem auch über Bauprojekte mitzubestimmen. In Bayern und Hessen berühren über 50 Prozent der Bürgerbegehren die Bauleitplanung.

Inneres und Justiz

Auflösung des Verfassungsschutzes

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich dafür ein, dass der Verfassungsschutz Brandenburg aufgelöst wird. Die Aufgaben sollen - soweit notwendig - an die Staatsschutzabteilung der Polizei Brandenburg übertragen werden.

Der Polizeibeauftragte des Landtages

In Analogie zum Wehrbeauftragten des Bundestages, der die für die Bundeswehr erforderliche Transparenz herstellen soll, halten die Piraten Brandenburg die Einrichtung eines Beauftragten des Landtags für die Polizeibehörden des Landes für überfällig. Der Polizeibeauftragte soll die Grundrechte schützen, den Landtag bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle über das Polizeiwesen des Landes unterstützen, sowie als Eingabe- und Beschwerdestelle für Bürger und Polizeibedienstete dienen. Interne polizeiliche Probleme soll dieser Beauftragte genauso untersuchen, wie diejenigen, die durch das Handeln der Polizei auftreten können - zum Beispiel unzulässige Polizeigewalt.

Als unabhängiger parlamentarischer Ansprechpartner für die Polizei und die Bürger soll er aufklären und vermitteln. Er nimmt polizeiexterne und polizeiinterne Beschwerden entgegen und untersucht sie. Einmal jährlich legt der Polizeibeauftragte dem Landtag einen Tätigkeitsbericht vor, in dem er insbesondere auf das Verhältnis der Bürger zu ihrer Polizei und umgekehrt eingeht. Der Polizeibeauftragte kann - mit Einwilligung des Beschwerdeführers oder des von der polizeilichen Maßnahme Betroffenen - einen Vorgang an die für die Einleitung des Straf- oder Disziplinarverfahrens zuständige Stelle weiterleiten.

Im Rahmen seiner festgelegten Aufgaben hat der Polizeibeauftragte Ermittlungsbefugnisse, die denen entsprechen, die für einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss vorgesehen sind. Der Polizeibeauftragte ist gemäß den Regelungen zum Wehrbeauftragten zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Verbesserte Ausstattung der Polizei

Um der Polizei die Erfüllung ihrer Aufgaben in einem vernünftigen Maße zu

ermöglichen, muss die materielle und personelle Ausstattung verbessert werden. Die Anschaffung von Ausrüstung, wie beispielsweise Schutzwesten, darf nicht dem einzelnen Polizisten aufgebürdet werden. Gleichzeitig müssen ausreichend Beamte beschäftigt werden, um die Polizeiarbeit angemessen bewältigen zu können.

Der Kennzeichnung von Polizisten

Für den Einsatz der Polizei bei geplanten Großveranstaltungen wie Demonstrationen oder Sportereignissen sollten die einzelnen Polizisten mit einer eindeutig zuordenbaren Identifikationsnummer ausgestattet sein. Für den Fall unverhältnismäßiger Gewaltanwendung oder anderer gesetzeswidrigen Handlungen seitens der Polizei soll damit sichergestellt werden, dass deren spätere Identifikation möglich ist. Dabei sind die Persönlichkeitsrechte der Polizisten zu wahren. Im Fall einer Anzeige darf daher die Identifikation erst auf richterlichen Beschluss hin erfolgen. Ein geeignetes und praktikables Verfahren zur Verteilung der Identifikationsnummern und zu deren Gestaltung soll in Zusammenarbeit mit der Polizei mittelfristig entwickelt werden.

Eine namentliche Kennzeichnung, wie es die am 1. Januar 2013 in Kraft getretene Änderung des Brandenburgischen Polizeigesetzes vorsieht, lehnen die Piraten Brandenburg ab.

Verbunddatei Gewalttäter Sport

Der Landesverband Brandenburg der Piratenpartei will sich auf Bundesebene dafür einsetzen, die sogenannte "Gewalttäter Sport"-Datei entweder abzuschaffen oder zumindest einen angemessenen Datenschutz-Standard durch folgende Vorschriften sicher zu stellen:

- Eintrag frühestens bei dringendem Tatverdacht, nicht schon bei Anfangsverdacht oder gar Platzverweisen/ Personenkontrolle ohne konkreten Vorwurf.
- Sofortige schriftliche Information des Betroffenen über den Postweg, sobald ein Datensatz angelegt oder verändert wird.
- Sofortige Löschung des entsprechenden Datensatzes, wenn das Ermittlungsverfahren in einem Freispruch oder in einer Verfahrenseinstellung nach §170 (2) StPO endet.
- Strenge Prüfung der Notwendigkeit des Eintrags, falls das Verfahren in einer Einstellung nach §153ff. StPO endet.
- Ständige Kontrolle durch den zuständigen Datenschutzbeauftragten, ob diese Regelungen auch eingehalten werden.

Solange der Betrieb der Datei nicht nach diesen Grundsätzen erfolgt, soll die Brandenburger Polizei nicht mehr auf sie zugreifen dürfen, wobei unter Umständen eine Übergangsfrist zu gewähren ist.

Justizvollzug modernisieren

Sicherheit darf sich nicht darauf reduzieren, Gefängnisse ausbruchsicher zu machen.

Damit der Schutz der Bürgerinnen und Bürger auch nach Entlassung der Gefangenen verbessert wird, muss während der Haftzeit eine erfolgreiche Wiedereingliederung der Gefangenen in die Gesellschaft im Vordergrund stehen.

Um eine solche Resozialisierung der Gefangenen zu ermöglichen, muss der Justizvollzug mit qualifiziertem Personal ausgestattet sein. Es ist ein Trugschluss zu glauben, möglichst viele und lange Haftstrafen würden die Sicherheit erhöhen und Wiederholungstaten vermeiden. Das Gegenteil ist oft der Fall.

Die Piraten Brandenburg setzen sich daher für eine Vermeidung von Haft und eine Verringerung der Zahl der Inhaftierungen durch außergerichtlichen Tatausgleich, Haftvermeidung und die Entkriminalisierung von Bagatelldelikten ein.

Wir halten den Täter-Opfer-Ausgleich, bei dem mit Zustimmung des Opfers eine persönliche Wiedergutmachung durch Täter bzw. Täterin gesucht wird, für einen wichtigen Schritt, dem Täter bzw. der Täterin ihr Unrecht vor Augen zu führen.

Prävention ist keine freiwillige, sondern eine notwendige Leistung. Sie hilft den Menschen und spart letztlich Geld.

Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus

Brandenburg hat im Verhältnis zur Einwohnerzahl immer noch eine sehr hohe Rate an rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten im bundesweiten Vergleich. Die Zahl der Gewalttaten stagniert auf diesem Niveau. Das aktive Vorgehen gegen Rechtsextremismus sehen wir als Aufgabe eines Jeden an.

Präventionsarbeit kann durch Projekte nicht nur rechtsradikale Motive entkräften, sondern auch aktive Hilfe zum Ausstieg aus der Szene bieten.

Das Land Brandenburg muss an einer anhaltenden Förderung der Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus festhalten. Sie muss intensiviert werden und Budgetkürzungen sind abzulehnen.

Ablehnung Flughafenasylverfahren

Das Flughafenasylverfahren wird von über 70 Organisationen, u.a. Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, dem Flüchtlingsrat Berlin - Brandenburg, dem Deutschen Anwaltsverein und der Ärztekammer Berlin abgelehnt. Dieser Forderung schließen sich die Piraten Brandenburg an.

Beim Flughafenasylverfahren werden Asylsuchende, welche aus sog. sicheren Herkunftsländern kommen oder keine gültigen Papiere haben, bei der Einreise auf dem Flughafengelände in Gewahrsam genommen, um über ihren Asylantrag binnen zwei Tagen zu entscheiden. Im Falle der Ablehnung des Antrags verbleiben dem Asylsuchenden nur weitere drei Tage Zeit, um gerichtliche Hilfe in Anspruch zu

nehmen.

Das Flughafenasylverfahren gewährt aufgrund stark verkürzter Fristen gegenüber dem regulären Asylverfahren keinen effektiven Rechtsschutz.

Abschaffung Residenzpflicht

Die Piraten des Landesverbandes Brandenburg fordern die Abschaffung der Residenzpflicht für Asylsuchende und geduldete Ausländer.

Das Land Brandenburg soll mit allen Bundesländern länderübergreifende Vereinbarungen treffen, mit denen die Aufenthaltsbereiche mehrerer Bundesländer zusammengelegt werden, um schließlich Freizügigkeit für das gesamte Bundesgebiet herstellen.

Bildungspolitik und Inklusion

Vorrang für Bildung

Jeder Mensch ist ein Individuum mit persönlichen Neigungen, Stärken und Schwächen. Bildung soll den Einzelnen unterstützen, eigene Interessen und Fähigkeiten zu entdecken, seine Begabungen zu entfalten und Schwächen abzubauen. Ein gutes Bildungssystem begleitet unsere Kinder auf diesem Weg, indem es an ihrer natürlichen Neugier und ihrem Wunsch zu verstehen anknüpft. Es soll befähigen sich Werte und Wissen eigenständig anzueignen und kritisch zu hinterfragen. Unser Leitbild ist ein verantwortlich und selbstbestimmt handelnder Mensch.

Die Piratenpartei Brandenburg sieht den Staat in der Pflicht

- flächendeckend [1] einen freien Zugang zu Kindertageseinrichtungen und Schulen zu garantieren und die für den Betrieb notwendigen Gelder zur Verfügung zu stellen
- allgemeine Kompetenzstandards zu definieren, welche ausreichend Raum zur Profilbildung der Einrichtungen, sowie für individuelle Schwerpunktsetzungen sicher stellen
- die Qualität aller Bildungseinrichtungen regelmäßig, systematisch und öffentlich zu evaluieren.

Die Piratenpartei Brandenburg befürwortet Selbsteinschätzungen (Selbstevaluationen) der Schulen.

Die PIRATEN erkennen insbesondere dort, wo der Staat selbst Träger einer Einrichtung ist, oftmals großen Entwicklungsbedarf hinsichtlich der individuellen Förderung und des Qualitätsmanagements. Das kontinuierliche Wachstum freier Träger ist neben fehlendem Geld unter anderem dem mangelndem Qualitätsbewusstsein in einer Vielzahl staatlicher Einrichtungen geschuldet.

[1] Kita (30 min zu Fuß/ÖPNV) und Schule (Grundschule 30 min zu Fuß/ÖPNV)

Mehr Handlungsspielräume für Bildungseinrichtungen

Um die Bedeutung jedes einzelnen Kindes zu stärken und Diskussionen um Bildungsqualität vor Ort zu fördern, streben wir im Grundsatz eine Finanzierung des Bildungssektors an, bei welcher das Geld dem Kind folgt. Die staatliche Aufgabe zur Sicherstellung einer Bildungsinfrastruktur im ländlichen Raum bleibt davon unberührt und wird über eine bedarfsdeckende Sockelfinanzierung garantiert. Wir wollen die Handlungsspielräume der einzelnen Einrichtung bei der Qualitätsentwicklung deutlich erweitern und die aktive Auseinandersetzung mit Fragen der Qualität und die Hinwendung zum einzelnen Kind befördern. Für uns heißt das konkret...

- mehr Geld für die Bildung. Erhöhung des Bildungsetats um mindestens 25%.
- keine weitere Verbeamtung von Lehrkräften
- Schaffung und Förderung der Möglichkeit zur Umwandlung von öffentlichen Kitas und Schulen in eigenständige Körperschaften, denn dies ist die Voraussetzung um vertragliche Vereinbarungen schließen zu können.
- die Hoheit der staatlichen Bildungs- und Erziehungseinrichtungen über ihr Personal. Die Einrichtungen stellen ihr Personal selbstständig und eigenverantwortlich ein. Einstellungen erfolgen auf Beschluss der Schulkonferenz oder eines analog zur Schulkonferenz gestalteten KitaAusschusses.
- die Hoheit der Einrichtung über alle Personal-, Sach- und Betriebsmittel. Die Einrichtung erhält ein Globalbudget, welches sie selbstständig und eigenverantwortlich verwaltet.
- eine Finanzierung über ein virtuelles Bildungsguthaben durch das Land. Kitas und Schulen erhalten abhängig vom Alter und ggf. von besonderen Bedarfen einen fixen Betrag pro Kind zur Deckung ihres Aufwands.

Die Piratenpartei setzt sich für eine vollständige Finanzierung der Schulen durch das Land Brandenburg ein.

Ganztagsschulen

Die Piratenpartei Brandenburg spricht sich für mehr ganztägig aufgebaute Schulen aus. Lernen ist ein individueller Prozess. Ganztagsschulen schaffen den Rahmen für einen entzerrten und rhythmisierten Tagesablauf, welcher den notwendigen Raum für ein an individuellen Bedürfnissen orientiertes Lernen erst ermöglicht. Kindern und Jugendlichen wird die Möglichkeit gegeben ihre individuellen Lernziele mit entsprechenden Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten zu erreichen. Hierbei liegt der Fokus stets darin, sie in ihrer Selbsttätigkeit zu stärken. Alle abgeforderten Leistungen müssen von den Kindern während der Schulzeit erbracht werden können. Schule muss sich den individuellen Bedürfnissen der Kinder und

Jugendlichen anpassen können. Dementsprechend ist sie flexibel aufgebaut: zeitlich, räumlich wie auch inhaltlich.

Für gesundes, kostenfreies Schulessen

Eine gesunde Ernährung ist für die Entwicklung eines Kindes wichtig. Essen in Bildungseinrichtungen soll nach Möglichkeit regional eingekauft werden und biologisch nachhaltig produziert sein. Vorrang soll eine frische Zubereitung am Standort unter Beteiligung der Kinder haben. Wissen um Zubereitung und Inhalt des Essens ist heute keine Selbstverständlichkeit mehr und sollte deshalb in Kindertageseinrichtungen und Schulen entsprechend gewürdigt werden. Ansonsten stehen wir für kostenloses Essen an Schulen und Kindertageseinrichtungen ein, um sicher zu gehen, dass jedes Kind mindestens einmal am Tag eine gesunde warme Mahlzeit zu sich nimmt.

Kommunikation und Medienerziehung

Kommunikation und Medienerziehung ist in der vernetzten, immer größer werdenden und sich ständig verändernden Gesellschaft wichtiger denn je. Das fängt vom Umgang mit sozialen Netzwerken an und reicht über Selbst- und Fremdwahrnehmung bis hin zur Kommunikation in Großgruppen. Das Wissen um technische Grundlagen und Standardanwendungen sollte ebenso selbstverständlich sein, wie ein sicherer und aufgeklärter Umgang mit dem Netz oder Moderationstechniken und eine Feedback-Kultur. Wir Piraten in Brandenburg wollen dieses Wissen und Können als festen Bestandteil des Lehrplans ab der 1. Klasse verankern.

3D-Drucker

Der Landesverband Brandenburg der Piratenpartei setzt sich für eine Anschaffung der Infrastruktur für den 3D-Druck in Brandenburgs Schulen ein.

Inklusion als Menschenrecht

Die Piratenpartei setzt sich für das Recht jeden Bürgers ein, an der Gesellschaft teilzuhaben und diese aktiv und frei von Diskriminierung mitzugestalten. Jeder Mensch wird als verschiedenartig und gleichwertig respektiert. Deshalb spricht sich die Piratenpartei ganz klar für die Umsetzung der Inklusion in allen Lebensbereichen aus. Das Ziel ist für jeden Menschen, anstelle von "Fürsorge", ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben zu schaffen. In diesem Zusammenhang begrüßt die Piratenpartei die Umsetzung der "inklusiven Schule", in der jedes Kind mit jedem pädagogischen Bedürfnis teilhaben kann. Jedes Kind soll als Teil der Vielfalt zum gelingenden Unterricht beitragen können. Zur konsequenten Umsetzung der Inklusion fordert die Piratenpartei Brandenburg, dass

Schulen zu den Förderschwerpunkten Lernen, emotionale-soziale Entwicklung und Sprache geschlossen und die Schülerinnen und Schüler in Regelschulen eingegliedert werden. Auch Schülerinnen und Schüler mit den Förderschwerpunkten "geistige Entwicklung", "Hören", "körperliche und motorische Entwicklung" und "Sehen" haben das Recht auf gemeinsamen Unterricht und sollten vorzugsweise in der Regelschule eingeschult werden, wenn diese den Ansprüchen der Förderschwerpunkte gerecht wird. Eine entsprechende Ausstattung bzw. bauliche Anpassungen sind zu fördern und Lehrmittel nach Bedarf durch das Land zur Verfügung zu stellen.

Weitere Voraussetzungen für ein Gelingen von Inklusion sind:

Familien sind umfassend zu informieren, zu beraten und zu begleiten. Hochschulen müssen Veranstaltungsangebote zu Inklusion, Umgang mit Heterogenität und Vielfalt, wie auch zu anderen sonderpädagogischen Inhalten als Standard für ein Studium für zukünftige Lehrkräfte anbieten. Im Blick auf offene Unterrichtsformen, individuelle Förderung aller Kinder und die sonderpädagogischen Förderschwerpunkte bedarf es verstärkter Fortbildung, Beratung und Begleitung der Lehrkräfte und des gesamten anderen Personals. Zusätzliche Stunden für den sonderpädagogischen Förderbedarf werden den Schulen pauschal entsprechend ihrer Gesamtschülerzahl zugewiesen. Die Stunden der Sonderpädagogen dürfen nicht in Vertretungsstunden fließen. Für Vertretungsstunden braucht jede Schule eine ausreichende Grundausrüstung an Lehrpersonal. Die Schülerzahl ist auf 20 Kinder pro Klasse zu begrenzen. Weitere Unterstützungen der Lehrkräfte durch Schülerpraktikanten, Mediatoren, Sozialarbeit am Standort Schule oder andere sind notwendig und sollen sowohl finanziell als auch durch eine aufwertende Öffentlichkeitsarbeit gefördert werden. Kein Schüler darf grundsätzlich aus Unterricht, Klassenzimmer oder Schulleben ausgeschlossen werden, egal ob aus sozialen, materiellen oder anderen Gründen. Die Voraussetzungen für eine faire Umsetzung von Inklusion sind die Einbindung inklusiver Werte, Strukturen und Praktiken in allen Lebensbereichen und die Stärkung der Akzeptanz der inklusiven Leitidee über eine klare Stellungnahme: innerparteilich, wie auch in der Öffentlichkeit.

Die Piratenpartei setzt sich im Rahmen der inklusiven Schule auch für einen individuellen Rechtsanspruch begabter Kinder auf besondere individuelle Förderung ein. Wir setzen uns dafür ein, dass perspektivisch an Schulen Kurse zum Erlernen der deutschen Gebärdensprache (DGS) angeboten werden. Entsprechende Lehrkräfte sollen vom Land ausgebildet werden.

Wissenschaft und Forschung

Bekenntnis zum Templiner Manifest

Die Piratenpartei des Landesverbandes Brandenburg setzt sich dafür ein, dass die Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Universitäten

insbesondere bzgl. Planbarkeit sowie Vereinbarkeit von Beruf und Familie deutlich verbessert werden. Daher unterstützt die Piratenpartei des Landesverbandes Brandenburg das Templiner Manifest.

Zensurfreie Veröffentlichung von wissenschaftlichen Studien und Berichten

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich dafür ein, die Veröffentlichung von wissenschaftlichen Studien und Berichten der öffentlichen Hand ohne nachträgliche Änderungen zu gewährleisten.

Umwelt- und Naturpolitik

Umweltpolitik im Land Brandenburg

Der Schutz der Lebensgrundlagen ist unabdingbar für alle Lebewesen in Brandenburg. Eine nachhaltig ausgerichtete Umweltpolitik ist die Grundlage für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik im Interesse aller Menschen in Brandenburg. Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich dafür ein, dass die umweltpolitischen Auswirkungen des Handelns von Regierungen und Unternehmen transparent werden sowie für eine stärkere Beteiligung der Bürger an umweltpolitischen Entscheidungsprozessen.

Nachhaltigkeit und Beständigkeit

Die Piraten Brandenburg stehen für die Entwicklung einer zukunftsfähigen Gesellschaft, die natürliche Ressourcen nutzt und bewahrt. Der übermäßige Verbrauch von Naturressourcen ist verantwortungslos gegenüber den nachfolgenden Generationen und zerstört die Artenvielfalt in Brandenburg. Bei nachwachsenden Ressourcen müssen Verbrauch und Regeneration im Gleichgewicht stehen. Die Sicherung des Bestands für die zukünftigen Generationen hat höchste Priorität, ihr Verbrauch ist strengerer Reglementierung zu unterwerfen. Bei nicht nachwachsenden Ressourcen ist eine Kreislaufwirtschaft durch Wiederverwertung von Produktbestandteilen oberstes Ziel.

Erhalt des ländlichen Lebensraums

Die Politik unserer Landesregierung führt zu vielen Problemen in den großen Städten und zum Aussterben vieler Dörfer und kleiner Städte.

Die Piraten Brandenburg wenden sich gegen diese Zentralisierung und die Ausdünnung der ländlichen Gebiete, wie sie durch unsere Landesregierung gefördert wird und setzen sich dafür ein, den Lebensraum der Dörfer und Städte zu erhalten und wiederzubeleben.

Deswegen wollen wir die Rahmenbedingungen für eine Eigenversorgung der ländlichen Gebiete in jeder Hinsicht (Energie, Wasser, Nahrungsmittel) ebenso verbessern, wie wir eine Infrastruktur schaffen wollen, die ein Leben auf dem Land attraktiv macht.

Wir unterstützen ausdrücklich Landwirtschaftsgemeinschaftshöfe und Projekte, die den ländlichen Lebensraum attraktiver machen.

Freier Zugang zu Naturschönheiten, Erholung in freier Natur

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich dafür ein, dass der Genuss der Naturschönheiten und die Erholung in der freien Natur jedermann unentgeltlich unter Beachtung der bestehenden naturschutzrechtlichen Bestimmungen gestattet ist.

Dies gilt insbesondere für das Betreten von Wäldern, Stränden und Flussgebieten sowie das Befahren der Gewässer und die Aneignung wildwachsender Waldfrüchte in geringer Menge für den eigenen Gebrauch.

Dabei wird jedermann verpflichtet, mit Natur und Landschaft pfleglich umzugehen. Das Land und die Gemeinde sind berechtigt und verpflichtet, der Allgemeinheit bestehende Zugänge zu den Seen, den Flüssen und sonstigen landschaftlichen Schönheiten freizuhalten und gegebenenfalls den Zugang zu ermöglichen.

Weiterentwicklung des Landesumweltinformationsgesetzes

Das Umweltinformationsgesetz ist zur Grundlage einer umfassenden Dienstleistung für die Bürger weiterzuentwickeln.

Umweltinformationen sind nach Auffassung der Piraten Brandenburg eine Bringschuld: Behörden müssen dafür geeignete Informationen von sich aus -und nicht erst auf Anfrage- bereitstellen. Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich für einen freien Zugang zu Umweltinformationen für alle Bürger ein. Darüber hinaus werden alle Behörden und Unternehmen im öffentlichen Auftrag, die auf die Umwelt in nennenswertem Umfang einwirken, zur quartalsmäßigen Offenlegung und Berichterstattung über alle vorliegenden Umweltschädigungen und alle Aktivitäten zur Verbesserung verpflichtet. Die Veröffentlichung muss dabei unter freien Lizenzen und in offenen Dateiformaten sowie maschinenlesbar erfolgen. Für Bürger ist auf einem Internetportal mit übergreifenden Suchfunktionen ein einfacher Zugang zu diesen Daten zu gewährleisten.

Verbandsklagerecht für Umweltverbände

Die Piraten Brandenburg wollen das Verbandsklagerecht im Landesnaturschutzgesetz einführen, um die Einflussmöglichkeiten von

Umweltschutzverbänden auf landespolitische Belange zu stärken.

Verbandsklagerecht im Tierschutz

Die Piraten Brandenburg fordern für das Land Brandenburg die Einführung eines Verbandsklagerechts im Tierschutz. Damit soll anerkannten Tierschutzorganisationen ermöglicht werden, Behördenentscheidungen nach dem Tierschutzrecht gerichtlich prüfen zu lassen.

Landwirtschaft

Die Landwirtschaft spielt in strukturschwachen Regionen eine große Rolle. Sie prägt maßgeblich das ländliche Erscheinungsbild und ist als Wirtschaftsfaktor sehr bedeutsam. Nur eine nachhaltige Landwirtschaft kann der gesellschaftlichen Verantwortung und den damit verbundenen Anforderungen gerecht werden. Wir unterstützen eine verantwortungsbewusste und ressourcenschonende Landwirtschaft, die gesunde Produkte hervorbringt und den Landwirten ein faires Einkommen verschafft.

Biodiversität

Die Piraten Brandenburg setzen sich für die Erhaltung und Förderung der biologischen Vielfalt ein. Dazu ist die Biotopvernetzung zu fördern. Durch eine entsprechende Gestaltung der Flächennutzung werden isolierte Biotope durch Grünbrücken, Wassernetze oder zusätzliche Wege für Pflanzen und Tiere verbunden. Dabei soll auf landschaftliche Vielfalt statt auf monokulturelle Nutzung gesetzt werden.

Der Schadstoffeintrag aus Industrie, Verkehr und Landwirtschaft in natürliche Lebensräume muss auf ein umweltverträgliches Maß reduziert werden.

Grundlagen der Tierhaltung

Die auf maximalen Ertrag getrimmte Fleischproduktion in Massentierhaltung ist zurzeit nur auf Kosten der Tiere mit desolaten Haltungsbedingungen möglich und fördert Strukturen in der Landwirtschaft und in der Weiterverarbeitung, die mit einer nachhaltigen, umweltgerechten, Bewirtschaftung nicht verträglich sind.

Den präventiven Einsatz von Medikamenten zur Effizienzsteigerung der Tierproduktion lehnen die Piraten Brandenburg ab. Die dadurch verursachte Bildung resistenter Erreger stellt immer mehr eine Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung dar. Doch auch die Gesundheit der Tiere wird akut gefährdet, wie BSE und die massive Zunahme von chronischem Botulismus bei Rindern zeigen.

Pflege tradierter Rassen und Sorten

Die Piraten Brandenburg setzen sich für die Erhaltung, Sammlung, Pflege und Weiterentwicklung traditioneller alter Sorten in Saatgutdatenbanken, ebenso wie für die Erhaltung alter Nutztierassen ein.

Vielfalt statt Monokulturen

Die Piratenpartei Brandenburg wendet sich gegen Monokulturen in der Land- und Forstwirtschaft und setzt sich für den Erhalt und den Aufbau von nachhaltigen Mischwäldern ein.

Gentechnikfreie Regionen / Haftung für Gentechnik in der Landwirtschaft

Die Piraten Brandenburg setzen sich dafür ein, dass jede Region des Landes Brandenburg frei entscheiden kann, ob sie dem "Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen" beitrifft.

Patente auf Pflanzen und Tiere blockieren die Entwicklung einer nachhaltigen Wirtschaft, indem sie die Zugänglichkeit des Wissens limitieren und damit den allgemeinen Fortschritt der Menschheit zugunsten von Einzelinteressen behindern.

Mögliche Schäden durch die Verwendung von Gentechnik in der Landwirtschaft lassen sich nicht hinreichend abschätzen. Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen und Tieren lehnen wir ab.

Forstwirtschaft

Die Piraten Brandenburg setzen sich für Mischwald in Brandenburg anstelle der derzeit vorherrschenden Monokulturen ein und streben eine den regionalen Gegebenheiten angepasste möglichst vollständige Wiederaufforstung gerodeter Flächen an. Eine Rodung soll zu maximal 15% möglich sein, um ausreichende Rückzugs- und Ausweichmöglichkeiten für die Fauna zu gewährleisten. Dabei ist darauf zu achten, dass keine großen zusammenhängenden Gebiete gerodet werden. Es muss ökologisch mindestens gleichwertig aufgeforstet werden.

Maschinen sind schonend einzusetzen; diesbezüglich ist die Forschung und die Weiterentwicklung der Forsttechnik voranzutreiben. Der Einsatz von Schädlingsbekämpfungsmitteln ist nur gezielt und bei erfolgreich geprüfter Wirksamkeit zuzulassen, und die Veröffentlichung der durchgeführten Maßnahmen und ihrer Ergebnisse muss verpflichtend sein. Maßnahmen, die eine Vergiftung von Wasser- und Landflächen zur Folge haben, werden strikt abgelehnt. Ein Rodungsverbot für Wälder, die ein Habitat bedrohter Tierarten darstellen, ist unverzüglich zu erlassen.

Die Piraten Brandenburg wenden sich gegen den Import und die unnötige

Verwendung von Tropenhölzern und in ihrem Bestand gefährdeten Holzarten.

Brauch- und Trinkwasserversorgung

Die Piratenpartei Brandenburg macht sich für eine dezentrale Brauch- und Trinkwasserversorgung aller Bürger des Landes Brandenburg und angrenzender Regionen stark. Die Piraten Brandenburg setzen sich für den regional bedarfsgerechten Erhalt, die Wiederinbetriebnahme oder eine Neuerschließung von kleineren, mittleren und großen Trinkwasserschutzgebieten im Land Brandenburg ein.

Außerdem wollen wir es Bürgern nach Möglichkeit erleichtern, sich selbst mit Brauch- und Trinkwasser zu versorgen, unter Prüfung der Verträglichkeit für den Grundwasserspiegel und der Auswirkungen auf die Natur. Wir sind gegen jede Aufweichung und für eine regelmäßige Kontrolle der Trinkwasserstandards hinsichtlich Schwermetallen, Keimen und anderen Schadstoffen.

Wasserwirtschaft

Wasser muss jedem Bürger zu einem angemessenen und erschwinglichen Preis zur Verfügung stehen.

Wir stehen für die Rekommunalisierung der Wasserversorgung ein, da sie als Infrastruktur der Grundversorgung dient. Eine private Beteiligung an oder eine private Übernahme der Wasserversorgungsunternehmen lehnen wir ab.

Die Trinkwasserverordnung soll an aktuelle Erkenntnisse über Wasserinhaltsstoffe regelmäßig angepasst werden.

Abwasser ist ein Wertstoff

Abwasser ist ein Wertstoff, und wir streben einen ressourcenschonenden Umgang mit den wertvollen Inhaltsstoffen an.

Wir treten für die Abschaffung des Anschlusszwanges für häusliche Abwässer an das Abwassernetz ein, wenn die Einhaltung der Ablaufparameter nach der EU-Rahmenrichtlinie sichergestellt wird. Die Qualitätsprüfung ist eigenverantwortlich zu leisten.

Industrielle, gewerbliche und die von Krankenhäusern stammenden Abwässer sind bedarfsgerecht vorzubehandeln. Vermischung mit häuslichen Abwässern ist zu vermeiden.

Schädigungen an den Wasserressourcen sind zu vermeiden.

In allen Bereichen müssen Eingriffe in den Boden auf ihre Verträglichkeit mit dem Gewässerschutz hin überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Wertstoff Müll

Die Piraten Brandenburg sehen Müll generell als wertvollen und nutzbaren Rohstoff an.

Wenn dieser nicht durch intelligente Konzepte vermeidbar ist, muss er möglichst umweltschonend dem Materialkreislauf wieder zugeführt oder weiterverarbeitet werden.

Die Vernichtung von Rohstoffen durch Müllverbrennung oder ähnliche materialunspezifische Verfahren ist möglichst zu vermeiden. Dem gegenüber ist die Wiederverwertung zu bevorzugen und die Suche nach neuen Möglichkeiten zur technischen Weiterentwicklung zu unterstützen.

Gegenüber ungezieltem Recycling mit den dabei systembedingten Verlusten ist gezieltes Design zur zyklischen Ressourcennutzung anzuwenden (Cradle-to-Cradle-Konzept).

Ablehnung von Anwendung der CCS-Technologie

Der Transport von industriell verunreinigtem CO₂ sowie dessen Endlagerung im Untergrund oder in Gewässern bergen eine große Anzahl an potenziellen Gefahren, ökologischen und finanziellen Nachteilen, die bisher noch nicht vollständig zu überblicken sind und sind mit Grund- und Menschenrechten nicht vereinbar.

Einige dieser Gefahren sind Erdbeben und Erdrutsche, welche für anliegende Städte und Ortschaften, Landschafts-, Gebäude-, Straßen- und Personenschäden bedeuten würden.

Die Abscheidung, der Transport und die CO₂-Endlagerung mindern die Effizienz der fossilen Kraftwerke, wodurch die Stromerzeugung teurer werden würde und sehr viele Steuergelder aufgewendet werden müssten. Aus diesen und weiteren Gründen lehnen wir den Transport von industriell verunreinigtem CO₂, sowie dessen Endlagerung im Untergrund oder in Gewässern ab.

Eine Abscheidung von CO₂ für andere Nutzungsarten wird nicht abgelehnt.

Kleingartenanlagen

Die Piraten Brandenburg setzen sich für den Erhalt naturnaher Kleingartenanlagen und Wochenendgrundstücke ein. Die Pachten für Kleingärten müssen auch für kleine Einkommen erschwinglich sein.

Lärmemissionen

Lärm stellt eine der größten Umweltbelastungen in Europa dar. Die Piraten Brandenburg erkennen Lärm als Gesundheitsrisiko an. Jeder Mensch hat das

Recht auf Schutz vor Lärm.

Dieser Schutz ist unter Berücksichtigung der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse zu gewährleisten. Auch die Lärmbelastung von Tieren ist zu beachten und auf das mögliche Mindestmaß zu reduzieren. Aktiver Schutz (an der Quelle) ist passivem Schutz (am Wirkungsort) vorzuziehen.

Lärmemissionen sind in ihrer Wirkung gesamtheitlich zu betrachten. Dabei sind z.B. wirtschaftliche Chancen den gesundheitlichen Risiken gegenüberzustellen. Zur transparenten und bürgerfreundlichen Kennzeichnung von Lärmemissionen unterstützen die Piraten Brandenburg die Einführung eines Lärmlabels.

Industrie- und Verkehrslärm durch Kartierung auf OpenData-Basis erfassen

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich für die Kartierung von Straßen-, Bahn-, Flug- und Industrielärmemissionen unter Nutzung aller verfügbaren Daten unabhängig von Mindestbelastungen ein.

Alle vorhandenen Daten sollen nach dem OpenData-Prinzip transparent und maschinenlesbar im Internet veröffentlicht werden, um eine dynamische, idealerweise webbasierte, Darstellung der Einzel- und Gesamtbelastungen zu ermöglichen und den Betroffenen die Möglichkeit zu geben, ihre individuelle Belastungen zu erfahren.

Die online- und offline Darstellung soll einheitlich erfolgen und einfach zu erfassende Lärmquellen kennzeichnen. Berechnungen von Lärmemissionen müssen auf Antrag Betroffener durch Messungen validiert werden.

Das Bauplanungsrecht soll so verändert werden, dass von unabhängigen Gutachtern erstellte Lärmprognosen verpflichtender Teil des Genehmigungsverfahrens von Industrie- und Verkehrsinfrastrukturprojekten werden.

Umweltbelastungen Flugverkehr

Der Betrieb von Flughäfen verursacht eine große, weit über den Flughafenbereich hinausgehende Emission von Lärm und Feinstaub und stellt eine erhebliche Gefährdung der im Umfeld lebenden Menschen und Tiere dar.

Zur Minderung der Gesundheitsbelastung fordern die PIRATEN ein Nachtflugverbot von 22:00 bis 06:00 Uhr.

Die Belastungen durch den Betrieb von Flughäfen und Fluglandeplätzen sind in ihrer Wirkung gesamtheitlich zu betrachten und so gering wie möglich zu halten. Wirtschaftliche Chancen sind gesundheitlichen Risiken gegenüberzustellen. Betriebskonzepte sind so zu optimieren, dass die Anzahl der betroffenen Anwohner so klein wie möglich ist.

Alle durch Flugverkehr verursachten Emissionen sind zu erfassen und quartalsweise zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung erfolgt leicht nachvollziehbar, unter Nutzung freier Lizenzen, in offenen Dateiformaten und unter Bekanntgabe maschinenlesbarer Quelldaten.

Lichtverschmutzung reduzieren

Die Piraten Brandenburg wollen die Lichtüberflutung des städtischen und außerstädtischen öffentlichen Raumes im Interesse der Umwelt im Sinne des natürlichen Tages- und Nachtrhythmus von Tier, Mensch und Natur vermindern, ohne die Sicherheit von Wegen zu beeinträchtigen.

Für die nächtliche Straßenbeleuchtung sind Lichtquellen mit entsprechend dem Stand der Technik reduzierten UV-Anteil zu bevorzugen, um die Beeinflussung von Insekten und Vögeln zu vermindern.

Energiepolitik

Energiepolitik im Land Brandenburg

Die Piraten Brandenburg setzen sich für eine dezentrale, transparente, nachhaltige und partizipative Energieversorgungsstruktur ein.

Ziel der Energiepolitik im Land Brandenburg

Die Energiegewinnung in Brandenburg soll zukünftig nicht durch wenige Großkraftwerke oder konzentrierte Anlagenballungen gesichert werden, sondern überall im Land stattfinden - in lokal umwelt- und menschenverträglichen Größenordnungen. Die Art der Gewinnung nutzbarer Energien muss ausgewiesen werden und den Tatsachen entsprechen. Fossile Energiegewinnung darf - beispielsweise durch Zertifikate - nicht in "Ökostrom" umdeklariert werden.

Nachhaltigkeit der Energieversorgung

Energiegewinnung, das heißt die Wandlung von vorhandenen in nutzbare Energieformen, soll ohne den Verbrauch begrenzter Ressourcen stattfinden. Sonneneinstrahlung, Wind- und Wasserkraft sowie Erdwärme sind bevorzugt zu verwenden.

Zur Speicherung sind Verfahren einzusetzen, die ohne oder nur mit vernachlässigbaren Umweltbeeinträchtigungen einhergehen. Die Piraten Brandenburg wenden sich strikt gegen den Anbau von Monokulturen zur Energieerzeugung und gegen die Abholzung von Regenwald für diese Zwecke.

Ablehnung von Fracking

Die Piratenpartei Brandenburg lehnt Fracking als Fortsetzung der Erdgas-beziehungsweise Erdölgewinnung strikt ab.

Ausbau der Speichermedien

Die Piraten Brandenburg setzen sich für einen zügigen Ausbau der nachhaltigen Energien und Speichermedien ein. Ein "Speichergesetz" analog dem Erneuerbare-Energien-Gesetz wird brauchbare Speichertechnologien schneller voran bringen.

Gleichberechtigter Netzzugang

Es muss jedem Bürger, jeder Bürgergesellschaft und jeder juristischen Person finanziell und organisatorisch gleichberechtigter Zugang zu den Strom- und Gasnetzen, sei es als Verbraucher oder Erzeuger, gewährt werden. Dies setzt entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen voraus und lässt sich mit der monopolistischen Eigentumsstruktur schwer vereinbaren.

Einbeziehung der Bürger bei der Nutzung von Windstrom

Die Piraten Brandenburg sehen beim Windstrom den großen Vorteil, dass er nach Errichtung der Anlagen mit ökologisch und ökonomisch vernachlässigbaren Kosten verbunden ist.

Die wesentlichen Nachteile sind bislang die fehlende Einbindung der Bürger in der Umgebung und die daraus folgende fehlende Akzeptanz in der Bevölkerung, sowie die nicht verbrauchsgerechte Stromerzeugung.

Die Piraten Brandenburg machen sich daher dafür stark, dass Planungsprozesse so abgeändert werden, dass die Betroffenen stärker Einfluss auf die Planungen nehmen können. Es muss sichergestellt werden, dass die betroffenen Kommunen finanziell von den Anlagen profitieren; dazu muss unter anderem die Gewerbesteuer am Ort der Strom-Produktion abgeführt werden.

Die Produktion der Windenergie muss unter Berücksichtigung von Umwelt- und Tierschutzbelangen geschehen.

Sonnenenergie

Zur großflächigen Energiegewinnung durch solare Strahlungsenergie sind vorrangig versiegelte, Konversions- und Tagebaufolgeflächen auszuweisen.

Durch Energiegewinnungsanlagen beeinträchtigte Kommunen sollen finanziell von den Anlagen profitieren, beispielsweise durch Gewerbesteuer und Durchleitungsgebühren bei (re-)kommunalisierten Netzen.

Kein Ausbau des Braunkohleabbaus

Ein weiterer Ausbau des Braunkohleabbaus in Brandenburg sowie die Erschließung von neuen Braunkohleabbaugebieten und die damit verbundene Vernichtung von menschlichen und tierischen Lebensräumen lehnen die Piraten Brandenburg ab.

Der Ausstieg aus der Braunkohle ist verträglich für die Menschen, Tiere und Pflanzen zu gestalten.

Wir befürworten die Umstrukturierung der Arbeitsplätze weg von der Förderung und Verbrennung fossiler Energieträger hin in den Bereich für nachhaltige Energieversorgung.

Verkehrspolitik

Verkehrspolitik im Land Brandenburg

Durch die wirtschaftliche Entwicklung, den demographischen Wandel und die Besiedelung in einem Flächenland ergeben sich für den Verkehr in Brandenburg besondere Herausforderungen.

Diese können nur durch die Zusammenarbeit aller Beteiligten bewältigt werden. Zu einer nachhaltigen Verkehrspolitik gehört unter anderem der Ausbau klimafreundlicher Verkehrsangebote und die Schaffung städtischer und ländlicher, vor allem flächendeckender Verkehrsinfrastrukturen, welche die Lebensqualität auch für Menschen mit körperlichen Einschränkungen verbessern.

Der ÖPNV ist generell barrierefrei zu gestalten. Das gilt auch für Subunternehmer, welche die kommunalen Anbieter bei weniger frequentierten Strecken unterstützen (Anrufsammeltaxi und Rufbus).

Die Zusammenarbeit über kommunale und regionale Grenzen - auch mit den Nachbarländern - ist dabei zu intensivieren. Die Piraten Brandenburg wollen länder- und staatenübergreifende Nahverkehrsverbindungen fördern.

Schweizer Sicherungswände

Die Piraten Brandenburg setzen sich für den Einsatz neuester Sicherungstechnik und die Überarbeitung der Sicherheitsrichtlinien für alle Straßen und Verkehrswege im Land ein. Um die Sicherheit von Arbeitern und Verkehrsteilnehmern zu gleichen Teilen zu gewährleisten, sprechen wir uns unter anderem für die Einführung von Schweizer Sicherungswänden und Funkwarnsystemen für Verkehrsteilnehmer und Arbeiter aus.

Modellversuch für einen fahrscheinlosen öffentlichen Personennahverkehr

Die Mobilität der Menschen und damit ihre Teilhabe am öffentlichen und kulturellen Leben hängen wesentlich von der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ab.

Die Piratenpartei Brandenburg will daher mittelfristig eine unentgeltliche Nutzung des ÖPNV einführen, um das soziale Recht der Mobilität vom Einkommen des Einzelnen abzukoppeln.

Mit Hilfe von drei großen Feldversuchen wollen wir feststellen, ob sich ein fahrscheinloser, gemeinschaftlich finanzierter ÖPNV auch konkret umsetzen lässt. Diese Untersuchungen sollen jeweils in einem Oberzentrum, einem Mittelzentrum und einer Region des ländlichen Raums im Land Brandenburg wissenschaftlich begleitet durchgeführt werden.

Erforschung und Einsatz alternativer ÖPNV-Modelle

Der derzeitige ÖPNV und seine unflexiblen Fahrpläne entsprechen - insbesondere im ländlichen Raum immer weniger den Bedürfnissen der Bevölkerung.

Die Piraten Brandenburg unterstützen die Erforschung und den vorerst probeweisen, später regelmäßigen Einsatz alternativer ÖPNV-Modelle.

Hierzu gehört zudem die flexible Nutzung kleinerer Fahrzeuge, wie Rufbusse oder Taxis. Zusätzlich sollen Möglichkeiten untersucht werden, ob und wie private PKW-Fahrer auf freiwilliger Basis als Leistungserbringer einbezogen werden können.

Diese Modelle sind durch Forschungsvorhaben zu begleiten und sollen verstärkt die Möglichkeiten des Internets nutzen.

Ausbau der Radwege in Brandenburg

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich für einen weiteren Ausbau der Radwege entlang stark befahrener überörtlicher Straßen in Brandenburg ein.

Förderung des Fahrradverkehrs

Die Piraten Brandenburg sehen in der Nutzung von Fahrrädern, auch von denen mit elektrischer Hilfe (Pedelects), eine für weite Bevölkerungsteile gut nutzbare Alternative zum voll motorisierten Individualverkehr auf Kurz- und Mittelstrecken.

Die Fahrrad-Infrastruktur ist zur Steigerung des Anteils des Fahrradverkehrs durch geeignete bauliche und organisatorische Maßnahmen sowie planerische Kompetenz deutlich zu erhöhen. In den Städten bedeutet dies vor allem die Beseitigung von Hindernissen und teilweise Vorrangführung des Radverkehrs (Kreuzungsbereich, Fahrradstreifen, Öffnung von Einbahnstraßen), auf dem Lande

sind vor allem Ortsdurchfahrten fahrradfreundlich zu gestalten und die Attraktivität und Sicherheit außerörtlicher Verbindungswege für den Radverkehr zu erhöhen.

Radwege müssen einer tatsächlichen Verbesserung der Mobilität und Sicherheit von Radfahrern dienen und sind als kostenaufwändige Maßnahmen gegen effizientere Fördermaßnahmen abzuwägen.

Bei allen größeren Maßnahmen sollen fachkundige Alltagsradler herangezogen und das tatsächliche Verhalten von Radfahrern berücksichtigt werden.

Flughafen Berlin Brandenburg (BER)

BER aufgeben! Nachnutzungskonzept! Neues Standortsuchverfahren!

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich für folgende Punkte ein:

1. Der BER wird als Zentralfughafen am bisherigen Standort Schönefeld Süd aufgegeben. Er ist ein planerisches Desaster und finanziell ein Faß ohne Boden. Am derzeitigen Standort ist eine nachhaltige Perspektive nicht gegeben.
2. Ein Betrieb als Flughafen soll erfolgen, bis an einem geeigneten Standort ein Zentralflughafen eröffnet wird. Ein weiterer Ausbau wird abgelehnt. Für das Gelände des BER ist mit Bürgerbeteiligung ein nachhaltiges Konzept zur Weiternutzung zu erstellen.
3. Es muss mit maßgeblicher Beteiligung der Brandenburger Bürger ein neues, transparentes und ergebnisoffenes Standortsuchverfahren für einen Zentralflughafen durchgeführt werden.
4. Die Piratenpartei Brandenburg fordert einen echten Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung des BER-Desasters, nach Berliner Vorbild - transparent und bürgernah.
5. Die Piratenpartei Brandenburg fordert eine schlüssige Veröffentlichung aller durch den Flughafenbau und die Verschiebung der Öffnung verursachten öffentlichen Verpflichtungen einschließlich der Schadenersatzaufwendungen sowie eine Aufgliederung, zu wessen Lasten und in welchem Zeitraum die Verpflichtungen abzulösen sind und welche zusätzlichen Belastungen der Steuerzahler Berlins, Brandenburgs und des Bundes bzw. der Flugpassagiere damit verbunden sind.

Lärmschutz für den BER

Die Piratenpartei Brandenburg fordert, dass die erforderlichen Schallschutzmaßnahmen von einer unabhängigen, paritätisch besetzten Instanz festgelegt werden. Dieses Gremium weist die Flughafengesellschaft an, auf ihre

Kosten die Maßnahmen umzusetzen und kontrolliert deren Umsetzung.

Die Schallschutzmaßnahmen sind zügig und in vollem -vom Planfeststellungsbeschluss geforderten- Umfang durchzuführen.

Hierbei sind öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Gesundheitseinrichtungen besonders zu berücksichtigen.

Der Flughafen darf erst eröffnet werden, wenn alle diese Maßnahmen nachweislich umgesetzt oder verbindlich geplant sind. Das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV) ist von der Landesregierung zu beauftragen, umgehend belastbares Zahlenmaterial zum Immissionsschutz zu erarbeiten bzw. dieses freizugeben. Die Landesregierung wird aufgefordert, den Klarstellungsantrag der Flughafengesellschaft, der auf eine Änderung des Planfeststellungsverfahrens abzielt, vom 19.04.2012 zurückzuweisen.

Keine weitere Landebahn für den BER

Die Piratenpartei Brandenburg spricht sich gegen einen Ausbau des Flughafens BER um eine weitere Start- und Landebahn aus. Sie fordert die Beibehaltung des BER als "Regionalflygafen" gemäß Planfeststellungsbeschluss.

Nachtflugverbot für den BER

Die Piratenpartei Brandenburg fordert aufgrund der erheblichen, gesundheitsgefährdenden Lärmbelastung ein striktes Nachtflugverbot von 22:00 bis 6:00 für den BER (einzige Ausnahmen bilden Rettungsflüge). Sie fordert die Landesregierung auf, umgehend ein entsprechendes Nachtflugverbot zu verfügen.

Infrastruktur

Ziele der Infrastrukturpolitik in Brandenburg

Die Piraten Brandenburg setzen sich für eine nachhaltige Infrastrukturpolitik unter strikter Einbeziehung des Bürgerwillens ein.

Diese orientiert sich an der demographischen Entwicklung im Land Brandenburg und an den zu erwartenden Veränderungen, die mit dem Ende der billigen Ölversorgung (Peak Oil) und der Verknappung anderer Rohstoffe einhergehen, sowie an den Erfordernissen, die sich aus dem Klimawandel, der Bewahrung einer lebenswerten Umwelt und einer tragfähigen Wirtschafts- und Finanzpolitik ergeben.

Schienen-Infrastruktur in öffentlicher Hand, konkurrierende

Nutzung

Die Piraten Brandenburg setzen sich für den Verbleib der Schienennetze, Bahnhöfe und Haltepunkte im öffentlichen Eigentum ein.

Für eine faire Konkurrenz sind unterschiedliche Betreiber von ÖPNV-Dienstleistungen nach öffentlichen Vorgaben und Richtlinien mit einzubeziehen.

Beibehaltung und Instandsetzung der Schienen-Infrastruktur

Die Piraten Brandenburg fordern eine Beibehaltung und Instandsetzung der derzeit bestehenden Infrastruktur für den schienengebundenen öffentlichen Nahverkehr (Bahnen und Straßenbahnen sowie Bahnhöfe/Haltepunkte/ Haltestellen) als Rückgrat für eine zukünftig wieder wachsende Bedeutung des ÖPNV.

Die Piraten Brandenburg erwarten, dass der motorisierte Individualverkehr mit fossilen Brennstoffen in wenigen Jahren für breite Bevölkerungsschichten immer weniger verfügbar sein wird.

Verknüpfung des ÖPNV mit Rad- und Autoverkehr

Die Verknüpfung des öffentlichen Personennahverkehrs mit dem Radverkehr ist insbesondere in den ländlichen Regionen bedarfsgerecht deutlich zu verbessern oder zu optimieren. Die Piraten Brandenburg setzen sich für die Errichtung sicherer Abstellplätze für Fahrräder an Bahnhöfen und Haltestellen sowie für die regelmäßige und planbare Mitnahmemöglichkeit von Fahrrädern in Bahnen und Bussen ein.

Zudem ist an Bahnhöfen und Haltestellen ein hinreichend attraktives und ausreichendes Parkplatzangebot für PKW-Pendler vorzuhalten.

Verkehr- und Industrielärmemissionen

Die Piratenpartei Brandenburg erkennt Verkehrs- und Industrielärm als Umweltbelastung und als ein Gesundheitsrisiko an. Das Recht der Bevölkerung auf Schutz vor Verkehrs- und Industrielärm ist Teil des Grundrechtes auf körperliche Unversehrtheit.

Jeder Mensch hat das Recht auf Schutz vor Verkehrs- und Industrielärm unter Berücksichtigung des Standes der Technik. Aktiver Schutz (Vermeidung von Lärm an der Quelle) ist dem passiven Schutz (am Wirkungsort) vorzuziehen. Besonders schützenswert ist die Nacht von 22:00 bis 06:00 Uhr. Verkehrs- und Industrielärm sind in ihrer Wirkung unter Berücksichtigung aller Gesundheitskosten gesamtheitlich zu betrachten und wirtschaftliche Chancen den gesundheitlichen Risiken gegenüberzustellen.

1. Industrie- und Verkehrslärm durch Kartierung auf OpenData-Basis erfassen

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich für die Kartierung von Straßen-, Bahn-, Flug- und Industrielärmemissionen ein – unter Nutzung aller verfügbarer Daten, unabhängig von Mindestbelastungs-Grenzwerten.

Alle vorhandenen Daten sollen nach dem OpenData-Prinzip transparent und maschinenlesbar im Internet veröffentlicht werden, um eine dynamische, idealerweise webbasierte Darstellung der Einzel- und Gesamtbelastungen zu ermöglichen.

Betroffene müssen die Möglichkeit haben, ihre individuellen Belastungen schnell und unkompliziert zu erfahren. Lärmemissionsberechnungen sollen auf Antrag Betroffener durch Messungen validiert werden.

Die Piraten Brandenburg unterstützen die Einführung eines Lärmlabels. Mit Hilfe eines solchen Zertifizierungsinstrumentes, das interdisziplinär-wissenschaftlich erarbeitet werden muss, sollen Lärmquellen aller Art einfach und bürgerfreundlich gekennzeichnet werden können.

2. Belastungen durch den Flugverkehr minimieren

Die Piratenpartei Brandenburg fordert, dass Belastungen durch den Betrieb von Flughäfen und Fluglandeplätzen so gering wie möglich gehalten werden. Betriebskonzepte sollen so optimiert werden, dass die Anzahl der betroffenen Anwohner so klein wie möglich ausfällt.

Die aktuell gängige Praxis, die Belastungen durch Fluglärm breit zu streuen, muss beendet werden.

Nachtflugverbot ist aktiver Schallschutz. Daher fordert die Piratenpartei Brandenburg ein Nachtflugverbot von 22:00 bis 06:00 Uhr für Flughäfen in besiedelten Gebieten.

3. Belastungen durch den Schienenverkehr senken

Die Piratenpartei Brandenburg fordert ein Programm zum "Schutz vor Schienenlärm".

Ziel dieses Programms soll die Verringerung der Lärmbelastung durch flächendeckende Modernisierung der Schienen- und Wagensysteme sein. Bis zur Umsetzung sind auf nicht modernisierten Strecken Fahrgeschwindigkeiten und Tonnage in der Zeit von 22:00 bis 06:00 Uhr zu reduzieren. Es soll ein Stichtag definiert werden, ab dem veraltete Wagentechnik nicht mehr eingesetzt werden darf.

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich für die sofortige Abschaffung des sogenannten Schienenbonus ein.

4. Belastungen durch den Autoverkehr vermeiden

Die Piratenpartei Brandenburg misst dem Schutz vor Straßenlärm eine besondere Bedeutung zu, da Lärmemissionen durch den Straßenverkehr nahezu flächendeckend vorhanden sind.

Die Piratenpartei Brandenburg fordert, dass bei Neubau, Umbau, Sanierung oder Nutzungsänderung von Straßen ein Recht auf Schutz vor Straßenlärm entsteht.

Das Recht auf Schallschutz soll dann entstehen, wenn sich die durchschnittliche Lärmemission um mehr als drei Dezibel erhöht.

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich dafür ein, Lärmemissionen durch Straßenlärm vorrangig mittels aktiven Schallschutz zu vermindern z.B. durch Instrumente wie intelligente Leitsysteme, Entwicklung, Förderung und Einsatz geräuscharmer Fahrzeuge und Fahrbahnbeläge, zeitliche Geschwindigkeitsbegrenzungen, Park&Ride Systeme und Ortsumfahrungen.

Bauen und Stadtentwicklung

Planen und Bauen für die Zukunft: Beteiligung von Anfang an

Großprojekte wie Stuttgart 21 zeigen, dass es selbstverständlich werden muss, die Bevölkerung nicht nur umfassend an Planungsprozessen zu beteiligen, sondern auch frühzeitig mitentscheiden zu lassen.

Im Land Brandenburg wollen die Piraten Brandenburg Großprojekte nur durchführen, wenn sie von einer breiten demokratischen Basis getragen werden. Bei der Umsetzung von Planung in konkrete Vorhaben will die Piratenpartei Brandenburg ressourcenschonend bauen, Natur und Landschaft selbstverständlich schonen – ob bei der Anlage neuer Gewerbegebiete, städtischer Wohnverdichtung, Umnutzung von Konversionsflächen oder bei Altbausanierungen. Energetische Ertüchtigung ist dort sinnvoll und zu fördern, wo sie nicht zerstörend wirkt, etwa bei Baudenkmälern.

Wohnverdichtung in Städten und Gemeinden

Die Piraten Brandenburg fordern, dass vorrangig Innenstädte und Dorfkerne mit Wohnbebauung verdichtet und damit wieder belebt werden. Dies fördert die Lebensqualität in den Städten und Dörfern.

Eine Zersiedelung der Landschaft und damit eine Versiegelung von Flächen durch immer mehr Neubaugebiete ist zu vermeiden. Gemeinden müssen sich hier stärker

aufeinander abstimmen.

Förderung von Altbausanierung

Öffentliche Fördermittel für den städtischen Wohnungsbau sollen vorrangig in die Sanierung und eine sinnvolle energetische Ertüchtigung von dafür geeigneten Altbauten fließen.

Die Piraten Brandenburg setzen sich dafür ein, dass bei Altbausanierungen der kind- und altersgerechte Ausbau und die Verdichtung innerstädtischen Wohnraums stärker als bisher berücksichtigt wird.

Multifunktionale Gestaltung der Städte und Gemeinden

Die Piraten Brandenburg setzen sich für eine multifunktionale Gestaltung der Städte und Gemeinden im Land Brandenburg ein.

Hierbei sollen die ökologischen, ökonomischen und auch ästhetischen Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Ziel ist es, Städte und Gemeinden für die Bevölkerung wieder erlebbarer zu machen. Dies kann beispielsweise durch Anpflanzung frei zugänglicher Nutzpflanzen auf den dafür in Frage kommenden öffentlichen Grünflächen erfolgen.

Geschlechter- und Familienpolitik

Familie hat viele Gesichter

Die Piratenpartei Brandenburg steht für eine zeitgemäße Geschlechter- und Familienpolitik.

Diese basiert auf dem Prinzip der freien Selbstbestimmung über Angelegenheiten des persönlichen Lebens. Die Piraten Brandenburg setzen sich dafür ein, dass die Politik der Vielfalt der Lebensstile gerecht wird. Jeder Mensch muss sich frei für den selbstgewählten Lebensentwurf und für die individuell von ihm gewünschte Form gleichberechtigten Zusammenlebens entscheiden können.

Das Zusammenleben von Menschen darf nicht auf der Vorteilmahme oder Ausbeutung Einzelner gründen.

Freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität und Orientierung

Die Piraten Brandenburg lehnen die Erfassung des Merkmals "Geschlecht" durch staatliche Behörden ab. Übergangsweise kann die Erfassung seitens des Staates durch eine von den Individuen selbst vorgenommene Einordnung erfolgen.

Die Piratenpartei Brandenburg steht für eine Politik, die die freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität und Orientierung respektiert und fördert. Fremdbestimmte Zuordnungen zu einem Geschlecht oder zu Geschlechterrollen lehnen wir ab.

Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Geschlechterrolle, der sexuellen Identität oder Orientierung ist Unrecht. Gesellschaftsstrukturen, die sich aus Geschlechterrollenbildern ergeben, werden dem Individuum nicht gerecht und sind zu überwinden.

Gleichstellung unterschiedlichster Lebensgemeinschaften und Ablehnung des Begriffes "Homoehe"

Die PIRATEN Brandenburg bekennen sich klar zu einem modernen Familienbild. Deshalb ist es zwingend notwendig, dass in unserer Gesellschaft Ehen sowie Lebensgemeinschaften zwischen Menschen unterschiedlichster geschlechtlicher Konstellationen gleichgestellt werden müssen. Dazu gehört auch, dass gleiche Rechte und Pflichten existieren. Der Begriff "Homoehe" wird entschieden abgelehnt, da dieser diskriminiert und die geforderte Gleichstellung der unterschiedlichen Lebensgemeinschaften untergräbt.

Freie Selbstbestimmung des Zusammenlebens

Die Piraten Brandenburg bekennen sich zur Vielfalt des Zusammenlebens. Dieser Vielfalt muss die Politik gerecht werden.

Eine wirklich freie Entscheidung für die individuell gewünschte Form des Zusammenlebens ist zu ermöglichen.

Eine historisch gewachsene strukturelle und finanzielle Bevorzugung ausgewählter Modelle lehnen wir ab.

Freie Selbstbestimmung und Familienförderung

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich für die gleichwertige Anerkennung von Lebensmodellen ein, in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen.

Unabhängig vom gewählten Lebensmodell genießen Lebensgemeinschaften, in denen Kinder aufwachsen oder schwache Menschen versorgt werden, einen besonderen Schutz.

Unsere Familienpolitik ist dadurch bestimmt, dass solche Lebensgemeinschaften als gleichwertig angesehen und vor dem Gesetz gleich gestellt werden müssen.

Arbeit und Soziales

Offener Zugang zum Arbeitsmarkt und Förderung der Chancengleichheit durch anonymisierte Bewerbungsverfahren

Die Piratenpartei Brandenburg fordert und unterstützt die Erprobung und Evaluation (Aus- und Bewertung) von anonymisierten Bewerbungsverfahren. Ziel ist es, die Chancengleichheit von Bewerbern zu fördern, Diskriminierung im Bewerbungsprozess zu verhindern und dem sich verschärfenden Fachkräftemangel durch den Abbau von psychologischen Hürden für Bewerber zu begegnen. Anonymisierte Bewerbungsverfahren können in Form von anonymisierten Online-Bewerbungsbögen, einheitlichen, anonymisierten Bewerbungsformularen oder nachträglich anonymisierten, herkömmlichen Bewerbungsunterlagen umgesetzt werden. Dabei werden in der ersten Bewerbungsphase keine persönlichen Daten wie Name, Adresse, Geschlecht, Alter, Familienstand und Herkunft angegeben sowie auf ein Foto verzichtet. Die Piratenpartei Brandenburg fördert die Aufklärung über und Umsetzung von anonymisierten Bewerbungsverfahren sowohl im öffentlichen Dienst, als auch in privatwirtschaftlich geführten Unternehmen. So profitieren auch die Arbeitgeber davon, ihren Bewerbern ein diskriminierungsfreies Bewerbungsverfahren zu garantieren.

Gleichstellungsbeauftragte zu Antidiskriminierungsbeauftragte umwandeln

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich dafür ein, dass aus Gleichstellungsbeauftragten in öffentlichen Einrichtungen Antidiskriminierungsbeauftragte werden.

Medien, Kunst und Kultur

Freies WLAN in öffentlichen Gebäuden

In öffentlichen Gebäuden des Landes Brandenburg soll ein kostenloser und ungefilterter Zugang zum Internet mittels WLAN angeboten werden. Jeder Bürger soll die Möglichkeit erhalten, sich anonym in diese bereitgestellten Netze einzuwählen.

Eine Protokollierung der Verbindungsdaten muss untersagt sein. Kein Dienst oder Protokoll darf diskriminiert werden. Zur Sicherstellung der fairen Bandbreitenverteilung aller angemeldeten Nutzer kann ein Bandbreitenmanagement etabliert werden. Ziel dieses Bandbreitenmanagements darf ausschließlich der Erhalt der Netzstabilität und die bestmögliche Verbindung ins Internet für die angeschlossenen Teilnehmer sein.

Das zur Verfügung gestellte WLAN muss mit aktueller Verschlüsselung betrieben

werden und soll dem aktuellen Stand der Technik entsprechen. Der dazu benötigte Schlüssel ist mit allgemeinen Hinweisen zur Sicherheit im Internet zu übergeben. Der Zugang kann nach einer definierten Zeit automatisch unterbrochen werden. Ein erneutes Anmelden am WLAN-Netz darf nicht unterbunden werden.

Freier Zugang zu öffentlich finanzierten Daten

Geodaten und statistische Information sind die Grundlage für jede Planung in den Bereichen Verkehr, Bauen, Stadtentwicklung und Umweltschutz.

Derartige Daten, die durch die öffentliche Verwaltung oder im Auftrag der öffentlichen Verwaltung unter Verwendung öffentlicher Mittel erhoben wurden, müssen daher unter Einhaltung des Datenschutzes für nicht-kommerzielle Zwecke frei zur Verfügung gestellt werden.

Aufträge an Dritte sind so zu erteilen, dass einer Veröffentlichung nichts im Wege steht.

Depublizieren abschaffen

Die Piratenpartei Brandenburg spricht sich gegen das sogenannte "Depublizieren" von Internetinhalten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten aus.

Unter Verwendung von Gebührengeldern produzierte Inhalte müssen den Gebührenzahlern zeitlich unbegrenzt im Internet zur Verfügung gestellt. Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich daher dafür ein, den entsprechenden Passus aus dem Rundfunkstaatsvertrag zu streichen und wird keinem Rundfunkänderungsstaatsvertrag zustimmen, in dem dieser Passus enthalten ist.

Gesundheitspolitik

Gegen vorrangige Gewinnorientierung im Gesundheitswesen

Gesundheit ist ein hohes Gut.

Wir Piraten in Brandenburg wollen deswegen der zunehmenden Gewinnorientierung des Gesundheitswesens, die Krankheit zur Einnahmenquelle werden lässt, entgegensteuern.

Deswegen setzen wir uns für die Betreibung von Krankenhäusern und medizinischen Versorgungszentren durch Kommunen oder anerkannt gemeinnützige Träger ein.

Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett

Die Piraten Brandenburg fordern die Einführung eines eigenen Gesetzbuches zur Regelung der Versorgung während Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett auf Landesebene.

Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett stellen keine Krankheitssymptome dar, sondern sind natürliche Vorgänge.

Sicherstellung der geburtshilflichen Grundversorgung

Die Piraten Brandenburg sprechen sich für die Sicherstellung der geburtshilflichen Grundversorgung, speziell auch in strukturschwachen Regionen Brandenburgs durch arztunabhängige Versorgungskonzepte aus.

Darunter fallen auch eine geburtshilfliche Notversorgung sowie eine Unterstützung der Hebammen zur Organisation einer solchen.

Einheitliche gesetzliche Haftpflicht für Hebammen

Hebammen nehmen in unserer Gesellschaft eine bedeutende Rolle ein, sie sind zumeist der erste Ansprechpartner in der Geburtshilfe und betreuen die Familien noch lange über die Geburt hinaus. Trotz der großen Wertschätzung in der Bevölkerung werden Hebammen bereits jetzt zu schlecht bezahlt. Zusätzlich werden sie durch die immer größer werdenden Kosten der Berufs-Haftpflicht belastet. Durch den angekündigten Ausstieg eines Versicherers aus dem letzten Versicherungskonsortium für Hebammen droht nun das komplette Aus für den gesamten Berufsstand. Die Piraten Brandenburg fordern deswegen eine einheitlich gesetzliche Haftpflichtversicherung für alle Hebammen. Diese soll sich an der individuellen Einkommenssituation orientieren. Nur so kann gewährleistet werden, dass Hebammen weiterhin neben der ärztlichen Betreuung den engen Kontakt zu den Familien aufrecht erhalten und mit Rat und Tat zur Seite stehen können.

Attraktive Ansiedlungsbedingungen für Ärzte im ländlichen Raum schaffen

Die Piratenpartei wird sich dafür einsetzen, dass attraktive Ansiedlungsbedingungen für Ärzte im ländlichen Raum geschaffen werden.

Niedrigschwellige und bedarfsgerechte Betreuung durch die Hebamme

Wir setzen wir uns für eine primäre niedrigschwellige und bedarfsgerechte Betreuung und medizinische Versorgung in der Schwangerschaft, während der Geburt, im Wochenbett und bis zum Ende des ersten Lebensjahres des Kindes durch Hebammen ein.

Liberalisierung des Bestattungsgesetzes

Die Piraten Brandenburg setzen sich für eine Liberalisierung des Brandenburgischen Bestattungsgesetzes ein. Bei einer Feuerbestattung ist den Angehörigen die Urne mit der Asche der bzw. des Verstorbenen auf Wunsch auszuhändigen.

Die Erdbestattung ist auf Wunsch der Angehörigen auch an Orten außerhalb von Friedhöfen möglich, bei denen die Totenruhe und die hygienischen Bedingungen so gewährleistet sind, dass sie denen auf einem Friedhof entsprechen.

Suchtpolitik

Konsumentenjagd beenden, konsequente Vorsorgepolitik starten

Die Piratenpartei Brandenburg will sich mit Hilfe von Modellversuchen dafür einsetzen, neue drogenpolitische Lösungen für das ganze Land zu etablieren.

Unser Ziel ist es, mit einer pragmatischen Suchtpolitik Schaden von der Gesellschaft abzuwenden. Die ersten Schritte dieses Weges können und werden wir in der kommenden Legislaturperiode gehen.

Problembewusstsein stärken, riskanten Konsum verhindern

Der beste Schutz vor Abhängigkeitserkrankungen ist ein intaktes soziales Umfeld.

Wir wollen Eltern dabei unterstützen, ihren Kindern einen risikoarmen Umgang mit Rauschmitteln zu vermitteln.

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich für einen flächendeckenden Drogen-Präventionsunterricht an Schulen ein.

Flankierend werden wir den Unterricht an Brandenburger Schulen um ein Modul erweitern, das den Gebrauch bewusstseinsverändernder Substanzen im historischen und psychosozialen Kontext erarbeitet.

Ziel des "Rauschkunde"-Unterrichts ist es, Jugendlichen Werkzeuge zur Selbstkontrolle aufzuzeigen. Diese Präventionsarbeit in Schulen kann nur gelingen, wenn vom Abstinenzdogma abgerückt wird, da diese Haltung gerade für junge Menschen unglaublich ist.

Wir werden die Landesmittel für niedrigschwellige Hilfsangebote in der Suchthilfe deutlich aufstocken. Die therapeutische Arbeit wird dabei auch legale Rauschmittel und nichtstoffgebundene Süchte gleichberechtigt einschließen, da von ihnen ebenfalls große Gefahren für die Gesellschaft und den Süchtigen ausgehen.

Konsumenten schützen, Gesundheitsschäden minimieren

Wir glauben, dass eine "drogenfreie Gesellschaft" unmöglich ist.

Statt die begrenzten Mittel für die vergebliche Jagd auf Konsumenten zu verschwenden, werden wir jene, die Rauschmittel nutzen, umfassend vor Gesundheitsrisiken schützen.

Das Wissen um Wirkstoff und Beimengungen ist Grundlage risikoarmen Drogengebrauchs.

Wir werden deshalb ein "Drugchecking"-Programm etablieren, das Konsumenten mit diesen mitunter lebensrettenden Informationen versorgt. Als ersten Schritt werden wir die Resultate der Drogentests des Landeskriminalamtes in On- und Offlinedatenbanken für Jedermann verfügbar machen. Die Piraten Brandenburg setzen sich dafür ein, das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Entkriminalisierung des gelegentlichen Konsums von Drogen zu nutzen, um Polizei und Staatsanwaltschaft von zehntausenden Verfahren zu entlasten. Dazu werden wir die Regelung zur "Geringen Menge" von Ausnahmetatbeständen befreien und derart neu formulieren, dass Verfahren frühzeitig eingestellt werden können. Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich für eine Legalisierung von Cannabis und die Abschaffung der Kriminalisierung von Cannabiskonsumenten ein. Illegal gehandelte Cannabisprodukte sind immer häufiger mit Beimengungen verunreinigt, deren Gesundheitsgefahren die des Cannabis übersteigen. Wir werden deshalb einen Modellversuch zur legalen Eigenversorgung mit Cannabisprodukten nach dem Vorbild der spanischen "Cannabis Social Clubs" starten. Darüber hinaus setzen wir uns für eine bundesweite Legalisierung aller Hanfpflanzen ein.

Bestehende Netzwerke nutzen, gemeinsam Zukunft gestalten

Die Piraten Brandenburg streben die Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Gruppen an, die sich vorurteilsfrei mit dem Konsum von Genussmitteln und dessen Folgen auseinandersetzen.

Gemeinsam werden wir eine Suchtpolitik erarbeiten, die riskanten Drogengebrauch verhindert, echten Jugend- und Verbraucherschutz ermöglicht und überdies die Rechte von Nichtkonsumenten schützt.

Haushaltspolitik

Barrierefreier und maschinenlesbarer Haushalt

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich dafür ein, dass die Haushaltsrechnungen, Haushaltsentwürfe und Unterlagen über die mittelfristigen Finanzplanungen auf

Landes-, Kreis- und Gemeindeebene spätestens zum Zeitpunkt der Vorlage an das zuständige Gremium zugestellt werden.

Zudem sind sie mindestens vier Wochen vor dem Termin einer beschlussrelevanten Sitzung des Gremiums zu veröffentlichen.

Die betreffenden Daten sind nicht nur als PDF-Dokument, sondern auch in einer Weise digital zu veröffentlichen - vorzugsweise Tabellendokument, OfficeOpenXML (OOXML) oder Open Document Format (ODF) -, die eine weitergehende Auswertung der Unterlagen durch interessierte Bürgerinnen und Bürger barrierefrei und maschinenlesbar zulässt.

Die Unterlagen zur Haushaltsplanung sollen vollständig digital einsehbar sein und neben den Haushaltsansätzen des Vorjahres auch die Ergebnisse des abgelaufenen Haushaltsjahres, die Haushaltsansätze des kommenden Haushaltsjahres und auch die vollständigen Begründungen je Einzelposition enthalten.

Vorbemerkungen, Erklärungen zu Deckungsfähigkeiten sowie die Anlagen zum Haushaltsplan sind ebenso digital auszuweisen.

Unzulässigkeit von Globalen Minder- und Mehrausgaben sowie Platzhaltern im Haushalt

Die Piratenpartei Brandenburg spricht sich für einen transparenten, nachvollziehbaren und vollständigen Haushalt aus, in dem alle Einnahmen und Ausgaben separat und einzeln aufgelistet sind.

Die weitere Nutzung von globalen Mindereinnahmen, globalen Mehreinnahmen und Platzhaltern im Haushalt des Landes, der Kreise und Gemeinden, steht dem entgegen und wird aus diesem Grund abgelehnt.

Einführung des doppelischen Haushalts- und Rechnungswesens auch auf Landesebene

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich für ein modernes und homogenes Rechnungswesens in staatlichen Bereichen ein und unterstützt den Ansatz der Landesregierung für die Einführung des doppelischen Haushalts- und Rechnungswesens auf Kommunalebene.

Darüber hinaus gehend fordert die Piratenpartei Brandenburg zur Förderung der Transparenz auf allen staatlichen Ebenen die vollständige Durchsetzung der Doppik auch auf Landesebene bis zum Jahr 2018.

Konsolidierung des Landeshaushaltes fortsetzen

Die Piratenpartei Brandenburg unterstützt den Kurs der Konsolidierung des

Landeshaushaltes. Wir setzen uns dafür ein, die bestehenden Strukturen und staatlichen Beihilfen zu überprüfen und zu optimieren.

Die Landeshaushaltspolitik der Piratenpartei Brandenburg orientiert sich hierbei an den programmatischen Beschlüssen des Landesverbandes.

Finanzen

Stärkung und Erhalt der Steuereinnahmen für Brandenburg

Die Piratenpartei setzt sich für Steuergerechtigkeit ein. Die Leistungsfähigkeit der Steuerverwaltung in Brandenburg ist wieder herzustellen. Hierzu sind ineffektive Verwaltungsstrukturen abzubauen. Das Vorhandensein der Steuerverwaltung in der Fläche ist zu erhalten.

Als Sofortmaßnahme ist der Stellenabbau in den Finanzämtern zu stoppen.

Des Weiteren ist ein kontinuierliches Ausbildungsprogramm in Brandenburg für Brandenburg zu starten, um den ab 2030 abzusehenden Personalausfall von mehreren hundert Beschäftigten kompensieren zu können.

Wirtschaft

Transparenz der Vergabe öffentlicher Aufträge

Rechtsgeschäfte der öffentlichen Hand müssen transparent sein. Der Staat, die Politik und die ausführenden Organe sind Verwalter der Steuermittel des Bürgers. Eine Einsichtnahme in Verträge der öffentlichen Hand ist aus Sicht der PIRATEN ein grundsätzliches Recht des Bürgers. Die Verwendung der Haushaltsgelder muss für jeden nachvollziehbar und überprüfbar sein. Die Ausschreibungskriterien sind zusätzlich so zu veröffentlichen - z.B. im Internet - dass der Bürger den Entscheidungsprozess begleiten kann. Eine Veröffentlichung der abgegebenen Angebote nach Abschluss der Angebotsphase wäre wünschenswert. Die öffentliche Auftragsvergabe und durch Steuermittel geförderte Projekte und Organisationen sind in einer zentralen Datenbank zu speichern und auf einem Online-Portal zu veröffentlichen.

Banken in die Schranken

Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Geschäftsbanken auf ihre volkswirtschaftliche Aufgabe, die Kreditvergabe an die Realwirtschaft, konzentrieren. Dagegen sollen die Geldschöpfung durch Kredite zum Zwecke von Finanzspekulationen oder Finanzinvestitionen sowie die Geldschöpfung zum Kauf von Finanzvermögen derart eingeschränkt werden, dass die bisher vorhandenen Risiken für die europäische Gesellschaft entfallen.

Transparenzvorgaben für Rettungskredite

Wir PIRATEN fordern Transparenz im Staatswesen als Voraussetzung für außergewöhnliche Stabilisierungs- und Konsolidierungsmaßnahmen für Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Maßnahmen wie zum Beispiel Kredite oder Schuldenschnitte sind an die Verabschiedung umfangreicher Informationsfreiheits- und Transparenzgesetze in den betreffenden Staaten zu koppeln. Nur so kann sichergestellt werden, dass Finanzmittel im Sinne und unter Aufsicht der Bevölkerung der jeweiligen Länder eingesetzt werden. Wir gehen davon aus, dass zusätzliche Transparenz dazu führt, dass tatsächlich in Maßnahmen investiert wird, die langfristig die ökonomische Stabilität im jeweiligen Land fördern.

Spekulation mit Grundnahrungsmitteln verbieten

Grundnahrungsmittel und Wasser sind die Lebensgrundlage aller Menschen, oft genug entscheidet die Verfügbarkeit und ein bezahlbarer Preis über Menschenleben. Wir PIRATEN fordert daher ein Verbot von Geschäften mit Nahrungsmitteln und Agrarrohstoffen sofern sie nicht der Produktion, der verbrauchsbestimmten Verteilung oder der Bereitstellung dienen. Details sollen durch internationale Abkommen geregelt werden. Waretermingeschäfte müssen zwingend zu einer physischen Erfüllung führen und jegliche Differenzgeschäfte, Optionen und Leerverkäufe sowie weitere Derivate dessen müssen ausgeschlossen werden.

Menschenhandel und Sklaverei in Zulieferketten offenlegen

Wir PIRATEN fordern, dass große Unternehmen, die ihren Sitz in einem EU-Staat und einen Jahresumsatz von 100 Millionen Euro oder mehr haben, dazu verpflichtet werden, ihre Maßnahmen zur Bekämpfung von Menschenhandel, Sklaverei, Zwangsarbeit, Schuldknechtschaft und Kinderarbeit in ihren Zulieferketten öffentlich zu machen.

Über dieses Wahlprogramm

Das aktuell gültige Wahlprogramm des Landesverbandes Brandenburg der Piratenpartei Deutschland wurde auf dem Landesparteitag (LPT) 2011.2 am 20. August 2011 in Frankfurt (Oder) beschlossen und auf den LPT 2012.1 am 23. Juni 2012 in Luckenwalde sowie LPT 2012.2 am 18. und 19. August 2012 in Eberswalde umfangreich erweitert. Weitere Beschlüsse erfolgten auf dem LPT 2013.1 am 10. und 11. August 2013 in Bad Liebenwerda, LPT 2013.2 am 16. November 2013 in Potsdam und LPT 2014.1 am 5. April 2014 in Löwenberger Land.

Das Wahlprogramm des Landesverbandes Brandenburg der Piratenpartei Deutschland wird bei kommenden Landesparteitagen erweitert.

Stand: April 2014